

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Preußen, Saar- und Rheinland, Ostpreußen, Litauen, Vorpommern, 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Bild in die Arbeiterwelt“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Sonnabend, den 4. Dezember 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Postfach 2530 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 69; Disconto-Gesellschaft, Postfach 100, Berlin SW. 68.

Anzeigenpreise: Die einpolitische Anzeigenzeile 80 Pfennig, Reklamazeile 8.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das Letztbedruckte Wort 25 Pfennig (außer zwei Letztbedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Streifenanzeigen das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Ein schwarzer Tag für die deutsche Kultur.

Das Schundgesetz mit 250 gegen 158 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen. - Die Demokraten gespalten.

Der Reichstag hat gestern in dritter Lesung das Schund- und Schundgesetz mit 250 gegen 158 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmten Sozialdemokraten und Kommunisten sowie 15 Demokraten. 11 Demokraten stimmten für das Gesetz.

Am Schlusse der Beratung gab namens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Genosse Dr. David folgende Erklärung ab:

Der Reichstag steht vor einer ernsten Entscheidung. Er will ein Gesetz verabschieden, das für das literarische und künstlerische Schaffen große Gefahren heraufbeschwört und daher den leidenschaftlichen Protest des geistigen Deutschlands mahgerufen hat. Und mit Recht. Gewiß ist die deutsche Jugend durch die wirtschaftliche Not der Zeit noch mehr als früher gefährdet. Keine Partei hat das so stark empfunden und so rechtzeitig erkannt, wie die Sozialdemokratie. Und von keiner Partei ist das Elend der Arbeiterjugend von jeher so entschlossen bekämpft worden, wie von ihr. Es heißt aber, nur eine Nebenerscheinung treffen, wenn man mit großem geschweherten Aufwand einer gewissenlos an die Jugend herangetragene Schundliteratur entgegenstellt. Dennoch hätte die sozialdemokratische Fraktion sich einer Befreiung der Schundliteratur, auch auf dem Wege der Gesetzgebung, nicht entzogen, wenn Sicherheiten gegeben wären, daß ein solches Gesetz sich wirklich nur gegen Schund und Schmutz und nicht gegen das freie geistige und künstlerische Schaffen richten würde.

Die Kunst bedarf der Freiheit.

wenn sie gedeihen soll, sie trägt nicht die Fesseln überlebter oder zufällig zur Herrschaft gelangter, einzelner Moralbegriffe. Was heute der Durchschnittsmensch mit seinem angeblich normalen sittlichen Empfinden für schmutzig und unästhetisch hält, gilt oft genug in späteren Zeiten als natürlich und selbstverständlich. Der Künstler, der Dichter muß Dinge gestalten dürfen, vor denen der Durchschnittsmensch von heute noch verständnislos zurückgeht. Darum soll sich der Gesetzgeber hüten, der künstlerischen Schaffenslust Zaum und Jügel anzulegen. Das aber geschieht durch den vorliegenden Gesetzentwurf.

Vor aller Welt wollen wir in diesem letzten Augenblick noch einmal laut und deutlich feststellen:

dieses Gesetz in seiner jetzigen Form ist eine ständige Bedrohung von Literatur und Kunst!

Mißtrauen gegen die künstlerische Schaffensfreiheit, dem man die Einstimmigkeit der Entscheidung zum Opfer gebracht hat, und der Geist elender Kleinmoral, der das sachlich unbegründete Zugeständnis verschleierte Landespräsidenten durchgesetzt hat, haben ihm ihren Stempel aufgedrückt.

Die Anhänger dieses Gesetzes bekreiten diese Gefahr. Sie verlassen sich auf eine vernünftige Anwendung der neuen Bestimmungen. Die sozialdemokratische Fraktion hat keinen Grund, diese Zuversicht zu teilen. Wir werden daher die Waffen, mit denen wir bisher das Gesetz und die dahinter verborgenen Absichten bekämpft haben, nicht aus der Hand legen. Wir werden auf der Wacht stehen, und wir sind sicher, daß

das geistige Deutschland mit uns sein

wird. - Eine Mehrheit für dieses Gesetz kann nur zustandekommen, wenn die Vertreter des alten Kulturliberalismus, der seinerzeit mitgeholfen hat, die Vorgängerin dieses Gesetzes, die Leg. Heine, zu Fall zu bringen, ihre liberale Tradition preisgeben. Würde das Gesetz scheitern, so wäre nichts verloren, der gefährdeten Jugend kann auf andere und wirksamere Weise geholfen werden. Wird das Gesetz aber angenommen, so bedeutet der heutige Tag einen schwarzen Tag für die deutsche Kultur.

Als einen schwarzen Tag für die deutsche Kultur bezeichnet die sozialdemokratische Fraktionserklärung den gestrigen Tag, an dem der Reichstag das Schund- und Schundgesetz mit 250 gegen 158 Stimmen annahm. Es war auch ein schwarzer Tag für die deutsche Politik.

Denn es waren nicht rein sachliche Gründe, die diese Entscheidung herbeiführten. Die Fanatiker, die vor einer Fesselung des geistigen Schaffens nicht zurücktraten, wenn sie nur auf ihre Art die Sittlichkeit heben konnten, waren eigentlich nur eine Minderheit. Der Mehrheit der Deutschnationalen ist diese Frage heilig. Die Volkspartei hätte eigentlich, wenn sie noch in irgendeinem Sinne eine liberale Partei sein wollte, gegen das Gesetz sein müssen. Aber die Deutschnationalen sahen die Möglichkeit, in dieser

Kulturfrage eine Brücke zum Zentrum zu schlagen, und die Volkspartei half, diese Brücke zu befestigen.

Auf dem heftigen Landesparteitag der Volkspartei hat Herr v. Kardorff die Einigkeit seiner Partei mit den Deutschnationalen in allen Fragen der Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik festgestellt. Er hat die Sammlung der bürgerlichen Parteien als Ziel seiner Sehnsucht erkennen lassen. Das Verhalten der Volkspartei dem Schundgesetz gegenüber liegt ganz in dieser Richtung. Man hat das bisherige „Kulturliberalismus“, das man sonst gern zur Schau trägt, dem Streben nach dem Bürgerblock geopfert.

Als „Partei der Bildung und des Besitzes“ hat sich die Volkspartei früher gern bezeichnet, als sie noch die Nationalliberale Partei hieß. Aber immer, wenn Bildung und Besitz miteinander in Konflikt kamen, mußte die Bildung vor dem Besitz kapitulieren. Die besitzenden Kreise der Volkspartei wollen mit ihren Klassengenossen von den Deutschnationalen und dem Zentrum gemeinsam Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik treiben. Durch Proteste des geistigen Deutschland, das nicht das arme Opfer bei diesem Geschäft sein möchte, läßt man sich da nicht im allgeringsten belären.

Eines ist jedoch zuzugeben: Die Verlockung war zu groß, als daß man ihr hätte widerstehen können. Denn der Rechtsblock, der sich bei dieser Gelegenheit bildete, marschierte und schlug unter der Führung eines demokratischen Reichsministers. Ein Bürgerblock mit der Monumentalfigur des Herrn Rülz als krönendem Abschluß - der Gedanke war so schön, daß er nur erfaßt werden mußte, um in die Wirklichkeit umgesetzt zu werden.

Verdränger bei dem Handel ist die Demokratische Partei. Sie brach bei der Abstimmung auseinander. Zehn ihrer Abgeordneten stimmten mit Ja, fünfzehn mit Nein, einer enthielt sich. Die fünfzehn konnten mit ihrer Abstimmung ihre Seele retten, nicht aber ihre Partei. Die bleibt mit dem Gesetz belastet, das ihr Rülz gemacht hat, und mit den zehn, die ihm zustimmten.

In dieser Zeit, in der die „stille Große Koalition“ eine beliebte Redensart der bürgerlichen Presse ist - war sie jemals mehr? - ist eine Kluft ausgerissen worden, die die Sozialdemokratie von der Mitte trennt und die mitten durch die Demokratische Partei hindurchgeht.

War das die Absicht? Bei den zielbewußten Anhängern einer neuen Rechtsregierung unbedingt! Konnte das aber auch in der Absicht jener Kreise der Mitte liegen, die einem neuen Rechtskurs widerstreben? Hätten jene Kreise zielbewußte Politik getrieben, so hätten sie unter allen Umständen vermieden, jezt eine Vorlage zur Entscheidung zu bringen, die das Zentrum an die Rechte bindet, es aber von der Linken trennt.

Nach dem Einspruch Preußens, nach dem Verlauf der zweiten Lesung hätte Herr Rülz die bequemste Gelegenheit

gehabt, den Gesetzentwurf zurückzuziehen. Er hätte sich mit dieser Absicht - wenn er sie gehabt hätte - wohl auch im Kabinett durchsetzen können. Aber entweder hat er sich von den Ereignissen schleifen lassen oder aber ihm war die Stellung als Schlussstein in einer Bürgerblockkombination gerade recht. Er hat freilich seine eigene Partei geradezu in eine Katastrophe hineingetrieben - aber vielleicht war ihm auch das gerade recht.

Man muß schon sagen: Die Demokraten haben Glück mit ihren Ministern!

Herr Rülz, der Demokrat, findet sich mit lächelndem Gleichmut damit ab, daß in Bayern und in Württemberg das Reichsrecht gebrochen wird. Die Verfassung und die Freiheit der Kunst finden bei ihm selbst offenkundig rechtswidrigen Übergriffen gegenüber keinen Hüter. Dieser Mann an der Spitze des Reichsinnenministeriums bietet jede Gewähr dafür, daß das neue Gesetz zur Fesselung des geistigen, des künstlerischen Schaffens nicht nur gebraucht, sondern sogar mißbraucht werden wird.

Was gestern wurde, war von einem Teil derer, die es machten, gewollt. Bei anderen war es wohl mehr Zufallsprodukt. Denn die Mitte weiß nicht, was sie will. Sie ist regierungsunfähig, nicht weil sie keine Mehrheit hat, sondern weil sie keine Einheit darstellt und keine Führung besitzt. Ihr Grundübel ist nicht die Schwäche der Zahl, sondern die Schwäche des Willens.

Die von rechts beobachtet gespannt die Zeichen des Verfalls. Sie sehen sich dem Bürgerblock einen Schritt näher. So schreibt jezt die „Deutsche Tageszeitung“:

Regierte im Deutschen Reichstag mehr die Vernunft als das Kullissenpiel, dann wäre die Koalition mit dem demokratischen Fraktionsgenossen vom heutigen Tage an erledigt. Es bedürfte gar keiner besonderen Begründung durch Zentrum und Volkspartei mehr, sondern nur einer kleinen Portion festen Willens. Werden diesen die genannten Parteien ausbringen? Ein schwacher Anseh dazu ist zweifellos der heutige Entschluß, ohne Rücksicht auf die Demokraten die Rechte zur Unterschrift aufzufordern. Ist damit vorläufig der Vorrat an Energie verbraucht? Oder folgen weitere Schritte? Wir erwarten gespannt die nächste Entwicklung.

Ja, es war ein schwarzer Tag - die Eulen und Fledermäuse wären sonst nicht so münter.

Aber das eine muß zum Schluß noch gesagt werden: War das auch ein schwarzer Tag für die deutsche Kultur und für die deutsche Politik, so war es doch kein schwarzer Tag für die deutsche Sozialdemokratie! Im Gegenteil, dieser Tag hat die Sozialdemokratische Partei als Opposition gegen den Rechtsblock in glänzender Stellung gezeigt. Sollte also das, was wir gestern erlebten, nur ein Vorspiel gewesen sein, dann haben wir Sozialdemokraten dem, was weiter wird, wahrlich nichts zu fürchten!

Der ungarische Wahlterror.

Verhinderung oppositioneller Kandidaturen.

Budapest, 3. Dezember. (Eigener Bericht.) Der „trockene Terror“ der Verwaltungsbehörden dauert unvermindert an. In Kapossab unterzeichneten 2500 Wähler den Wahlvorschlagn für den liberalen Kandidaten Karl Kassan. Einige Stunden vor dem Ablauf des Termins wurde ein Einbruch in das Wahlbureau verübt und die Unterschriften gestohlen. Es ist fraglich, ob in der noch zur Verfügung stehenden Frist neue Unterschriften in genügender Zahl gesammelt werden können. In Diosgyör, wo die große staatliche Waggonfabrik ist, kandidiert der Sozialdemokrat Banocz. Heute wurde die ganze Stadt von Detektivs besetzt, bei den als Sozialdemokraten bekannten Arbeitern wurden Haus-suchungen vorgenommen und die Unterschriftenbogen beschlagnahmt. In dem Bergarbeiterbezirk Dorog hielt der Kandidat der Regierungspartei eine die Sozialdemokratie beschimpfende Rede. Die anwesenden Arbeiter protestierten dagegen, es entstand eine Kellerei, bei der mehrere Arbeiter schwer verletzt wurden. Der Sozialdemokratischen Partei wurde vertraulich mitgeteilt, daß die Regierung in Debreczin einen besonders niederträchtigen Streich plant, mit dem die Unterschriften aller oppositionellen Kandidaten eskamotiert werden sollen.

Zum Bezirk Budapest-Land gehören alle Industrieorte in der Umgebung von Budapest: Neusied, Csepel, Erzsebestalov, Budafok und viele andere. Der Bezirk hat in geheimer Abstimmung und Listenwahl fünf Abgeordnete zu wählen und hat eine fast rein proletarische Bevölkerung. Die Arbeiter konnten es aber in diesen Ortschaften nicht wagen, die Kandidatenliste zu unterfertigen. So entstanden folgende Wahlvorschlagn: die Regierungspartei 28 074 Unterschriften, die bürgerlichen Demokraten 7119, die Kassenschütler 8488, die christliche Wirtschaftspartei 6303 und die Sozialdemokraten 6083 Unterschriften. Bei den letzten Wahlen hatten die Sozialdemokraten von den fünf Mandaten drei erobert. Die Arbeiter werden in den großen Betrieben mit der Entlassung bedroht, wenn sie die Regierungs- oder Kassenschütlerliste nicht unterschreiben. Es ist aber noch immerhin möglich, daß sie, da die Abstimmung geheim ist, gegen die Kandidaten stimmen werden, deren Listen sie unter Zwang unterschrieben haben. Jedenfalls dient aber die große Unterschriftenzahl zur Entmutigung der Arbeiter. Angesichts dieser Lage werden viele Stimmen laut, die den Gedanken propagieren, die Sozialdemokratie solle ihre Kandidaten überhaupt zurückziehen.

Die gespaltenen Demokraten.

15 gegen, 11 für das Schuldgesetz — 2 Enthaltungen.

Ein Bild ganz unglaublicher Verwirrung hat bei der gestrigen Reichstagsabstimmung über das Schuld- und Schulgesetz die Demokratische Partei, die sich sonst so gern als Hüterin der Gerechtigkeit aufspielt. Die demokratische Reichstagsfraktion hat sich bei der Schlussabstimmung über das Gesetz in mehrere Teile gespalten. Es haben 15 Abgeordnete gegen das Gesetz gestimmt, 11 haben ihre Stimme dafür abgegeben und 2 haben sich der Stimme enthalten.

Die Nein-Sager waren: Prof. Bergsträßer, Brodau, Büll, Dernburg, Erkelenz, Ludwig Haas, Hummel, Koch-Besler, Lemmer, Meyer, Rönneburg, Gustav Schneider, Schmidt, Sparrer und Ziegler. Es enthielten sich der Stimme: Frau Häders und Freiherr von Richthofen.

Außer Rätz stimmten für das Gesetz: Bartschadt, Frau Bäumer, Dietrich-Baden, Fischbein, Fischer-Röhl, Prof. Goeb, Heuß, Kopsch, Raschig und Wieland-Ilm.

Von den vier abwesenden Mitgliedern der demokratischen Reichstagsfraktion waren drei (Graf Bernstorff, Korell und Prof. Schäding) als Gegner des Gesetzes bekannt, während man von dem vierten fehlenden Abgeordneten Schurig-Breslau annimmt, daß er zur Gesetzwahl von Rätz gehört hätte.

Politische Justiz.

Der Stahlhelmvörder Magiera freigesprochen.

Breslau, 3. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Stahlhelmsmann Magiera wurde am Freitag wegen der Erschießung des Reichsbannermitglieds Doktor vom Schwarzericht in Breslau freigesprochen. Das Gericht billigte dem Angeklagten volle Notwehr zu, indem es seinen eigenen Angaben vollen Glauben schenkte, dagegen die Aussagen des Hauptbelastungszeugen, eines sozialdemokratischen Reichsbannermannes, für unglaubwürdig erklärte.

Das Urteil im Prozeß Magiera gehört zu jenen Urteilen, die den Republikanern das Vertrauen in die Justiz nehmen. Der Prozeß gleicht genau jenen anderen Prozessen, in denen die Stimmung des Gerichts von vornherein auf der Seite der rechtsstehenden Partei ist: der Vorherrschende, der alle Angaben des Begleiters des Totschlägers, eines Stahlhelmsmannes, ohne weiteres glaubt, dagegen die Angaben des sozialdemokratischen Belastungszeugen unter Eid anzweifelt und ihm wiederholt mit Meiteldelikt droht, der Angeklagte, der auf seine „nationale Gesinnung“ pocht, der „nationale“ Verteidiger, der sein Mandat mißbraucht, um politische Angriffe gegen die preussische Regierung zu richten. Unter solchen Umständen ist der Stahlhelmsmann Magiera, der einen völlig unbewaffneten Menschen auf offener, menschenleerer Straße erschossen hat, freigesprochen worden.

Kein Wunder, wenn der Revolver bei den Stahlhelmsleuten locker sitzt! Zusammen mit dem Urteil von Hasselbeide zeigt das Breslauer Urteil, daß die Zeiten der politischen Justiz gegen Republikaner noch längst nicht vorüber sind.

Das Aufenthaltsrecht der Fürsten.

Die Bürgerlichen stimmen gegen jede Beschränkung.

Der Rechtsausschuß des Reichstags beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit den sozialdemokratischen Anträgen über den Aufenthalt der Mitglieder der früher regierenden Fürstenfamilien und mit den kommunistischen Anträgen auf Landesverweisung sämtlicher Fürsten und Einziehung und Beschlagnahme des Fürstentumsvermögens. Vor Eintritt in die Beratung richtete Genosse Dr. Rosenfeld die Anfrage an

die Reichsregierung, ob sie denn nicht dafür sorgen wolle, daß die im Republikanengesetz enthaltenen und im Juli 1927 außer Kraft tretenden Vorschriften über Aufenthaltsbeschränkungen früherer Fürsten über diesen Zeitpunkt hinaus aufrechterhalten wolle. Reichskommissar Künzler erwiderte namens der Reichsregierung, daß diese rechtzeitig vor Ablauf der Geltung des Republikanengesetzes gesetzliche Vorschriften vorschlagen werde.

Dann begründete Abg. Neubauer (Komm.) unter heftigen Ausfällen — nicht gegen die Fürsten, sondern gegen die Sozialdemokraten (!) — die kommunistischen Anträge. Genosse Dr. Rosenfeld wies diese Einwürfe zurück und begründete unsere Anträge, nach denen den Mitgliedern der früher regierenden Fürstenhäuser der Aufenthalt in Deutschland untersagt oder beschränkt werden muß, falls die Befragung gerechtfertigt ist, daß dadurch das Wohl der Republik gefährdet werde, und nach denen dem ehemaligen Kaiser das Betreten des Reichsgebietes überhaupt untersagt und dem preussischen Staat für den Fall, daß Wilhelm II. feindselige Unternehmungen gegen die Republik richte, das Recht gegeben wird, das durch den Preußenergleichwert Vermögen der Hohenzollern einzuziehen. Abg. Everling produzierte sich wieder als Fürstenanwalt, der behauptete, daß die sozialdemokratischen Anträge gegen die Verfassung verstoßen und nur aus Angst oder Haß geboren seien. Abg. Brodau erklärte sich für die Demokraten bereit, für den ersten Teil unserer Anträge zu stimmen, während Abg. Rahl für die Volkspartei und Abg. Schulte für das Zentrum sämtliche vorliegenden Anträge für unannehmbar erklärten, da die Republik doch nicht gefährdet sei. Genosse Rosenfeld erwiderte, daß auch die Sozialdemokraten die Republik als gesichert ansähen, da die Arbeiterklasse entschlossen sei, sie zu verteidigen, daß die Republik aber vor jeder Beunruhigung durch Monarchen und Monarchisten geschützt werden müsse.

Bei der Abstimmung wurden sämtliche sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge durch die bürgerliche Mehrheit abgelehnt.

Geflügel und der Heeresersatz.

Wie Bestreitungen zustande kommen.

Genosse Künstler schreibt uns:

In einem Brief nimmt Dr. Gehler Stellung zu den Anschuldigungen und Anregungen des Genossen Löbe über die Reform des Heeresersatzes. Sämtliche vom Genossen Löbe angeführten Fälle glaubt Dr. Gehler mit den Worten abtun zu können: „Zunehmend darf ich feststellen, daß diese Annahme (gemeint ist, daß bei der Einstellung in die Reichswehr nicht korrekt verfahren wird) nach dem vorstehend Dargelegten in den angeführten Einzelbeispielen jedenfalls keine Stütze findet.“

Herr Gehler sollte vorsichtiger mit solchen Behauptungen sein!

In der Sitzung des Reichstages vom 3. März 1926 hatte ich festgestellt, daß ein gewisser Hans v. Rasmow, der nicht in den Stammlisten des 4. Infanterieregiments geführt wurde, bei dem genannten Regiment Dienst tat. Auch damals hat das Reichswehrministerium diese Tatsache schriftlich und nachher sogar der Minister persönlich im Plenum aufscharfste bestritten. Unter dem Druck meiner Beweismittel mußte aber Oberst v. Schleiher zugeben, daß tatsächlich der verantwortliche Offizier eine Falschmeldung an das Reichswehrministerium und an den Generalobersten v. Seekt erstattet hatte.

Genosse Kirschmann aus Innenministerium berufen. Der Reichstagsabgeordnete Gen. Kirschmann, der den Wahlkreis Koblenz-Trier vertritt und dem Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete angehört, ist zum 15. Dezember als Oberregierungsrat in das preussische Ministerium des Innern berufen worden. Er wird sein Reichstagsmandat beibehalten, tritt aber aus der Redaktion der „Preussischen Zeitung“ in Köln aus. Kirschmann wird im preussischen Innenministerium das Bestreben behandeln und damit in enger Verbindung mit dem besetzten Gebiet bleiben.

Sozialistenregierung in Finnland?

Unsere Genossen um Kabinettsbildung ersucht.

Helsingfors, 3. Dezember. (WTB.) Reichspräsident Dr. Kaizer hat den Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Tanner mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt. Der sozialdemokratische Parteirat beschloß, sich auf der Grundlage seines Programms an der Regierungsbildung zu beteiligen.

Der finnische Reichstag, nach der Verfassung von 1919 proportional, gleich und geheim gewählt, auf finnisch Eduskunta genannt, besteht aus 60 Sozialdemokraten, 38 finnischen Koalitionsparteilern, 17 Fortschrittler, 44 Agrariern, 23 Schweden und 18 Kommunisten. Die Sozialdemokraten sind also die stärkste Fraktion, wenn sie auch, wie selbst im finnischen Landtag der Jarenzeit, zurzeit nicht die beherrschende Stellung haben. Man darf nicht vergessen, daß der „Bolschewisten“ Krieg der deutschen Golzarmee und die weiße Diktatur des Generals Mannerheim, ebenso wie die kommunistische Spaltungsarbeit, die Arbeiterbewegung schwer geschädigt haben. Aus dem Beschluß des sozialdemokratischen Parteirates wie aus der Uebernahme der Kabinettsbildung durch Genossen Tanner ist wohl zu schließen, daß diese Regierungsbildung möglich erscheint. Ob eine Koalition oder eine sozialdemokratische Minderheitsregierung zustandekommt, wie sie bis heute in Dänemark regiert hat und auch in Schweden bis vor einiger Zeit am Ruder war, das dürfte sich rasch entscheiden. Finnland wird jedenfalls zunächst das einzige skandinavische Land mit sozialdemokratischen Ministern sein.

Rücktritt der dänischen Regierung.

Sofortige Konsequenz des Wahlausfalls.

Kopenhagen, 3. Dezember. (WTB.) Staatsminister Stauning wurde heute nachmittags 1.30 Uhr vom König empfangen, dem er die Demission des Kabinetts überreichte. Der König ersuchte das Ministerium, bis zur Bildung des neuen Kabinetts im Amt zu bleiben. Der Staatsminister erklärte sich damit einverstanden.

Die sozialdemokratische Regierung hat geradezu überkonstitutionell gehandelt: ohne selbst die amtliche Feststellung und Verkündung des Wahlergebnisses abzuwarten, ist sie zurückgetreten und hat den „Siegern“ die Bahn zur Regierungsbildung freigemacht. Allerdings liegt das Wahlergebnis des kleinen, nur 3 Millionen Einwohner zählenden Landes schon in unzweifelhafter Klarheit vor; es schließt eine reine Rechtsregierung ziemlich sicher aus. Das entspricht dem demokratischen Charakter des dänischen Volkes.

Nach einer EP-Meldung besteht große Wahrscheinlichkeit, daß der frühere Landwirtschaftsminister Nygaard ein Kabinett der Bauernlinken (Venstre) mit Unterstützung der Konservativen bilden wird.

Claudio Treves gerettet.

Im Ausland eingetroffen.

Man berichtet uns aus Italien: Wie sehr sicher ist und daher auch mitgeteilt werden kann, ist es unserem 60jährigen Genossen Dr. Claudio Treves, dessen führende Stellung in der Partei überall bekannt ist, nach Ueberschreitung der bereits tief verschneiten und stark vereisten Alpenkette gelungen, den freien Boden des zivilisierten Auslandes zu erreichen. Die Faschisten hatten ihn auf eine öde Fieberinsel verschleudert. In den letzten Tagen noch hat man sein Haus und sein Anwaltsbureau in Mailand ausgeraubt und verwüstet.

Die Parteileitung der magmalistischen Sozialistenpartei hat angesichts der Unterdrückung, die ihr jede Tätigkeit unmöglich macht, ihre Funktionen dem Auslandskomitee dieser Partei übertragen — muß also genau so verfahren, wie die Nichtbolschewisten in Sowjetrußland. Der zurzeit verbotene „Avanti“ bleibt das Zentralorgan der Partei und wird nach Paris verlegt, wo er als Wochenblatt erscheinen wird.

Strefemann auf der Pariser Revuebühne

Von Erich Gottgetreu.

Paris, Ende November.

Alle Abende tritt Strefemann auf im „Oeil de Paris“. Wo liegt das „Oeil de Paris“? Hundert Schritte rechts vom Gradmal des unbekanntem Soldaten. Es ist ein kleines Theaterchen auf der Rue Bogram, ganz neu, ganz modern.

Erst hört man eine Weile lustiges Kobarett, das hat mit Strefemann noch nichts zu tun, und dann steigt Dorins Revue „Et puis après“, eine schöne, melodische, oft politische, stets recht geistvolle Revue, und das Beste kommt zuletzt: Theater. Mitspieler sind François, Friß und hinterm Wirtshausfenster der Schatten von Strefemann und Briand. Die Szene ist so hübsch, daß sie hier mit Erlaubnis des Autors überlegt und wiedergegeben sei.

Friß und François treffen sich vor der Herberge.

Friß: Guten Tag, François.

François: Guten Tag, Friß. Du gehst weiter?

Friß: Nein, ich stehe hier meinem Herrn zur Verfügung, dem Minister Strefemann.

François: Und ich bin für Briand hier.

Friß: Es gab eine Zeit, François, in der wir Gegner waren.

François: Heute haben wir dieselben Interessen. — Unsere Chefs werden hier frühstücken. Wer hätte uns das prophezeit, als wir jeder auf einer Seite des Chemin des Dames lagen. — Es war wirklich nicht der Mühe wert.

Friß: Was war nicht der Mühe wert, François?

François: Sich so lange herumzuschlagen, wenn das das Ende ist.

Friß: Da kommen ja die beiden!

(Man sieht hinter dem Fenster der Herberge die Schatten von Briand und Strefemann.)

Friß: Sie sehen recht zufrieden aus; das macht Vergnügen.

François: Ja, aber das kann mich auch traurig stimmen.

Friß: Sie machen sich's bequem.

François: Nicht zu vergessen, daß wir wochenlang „da oben“ gewesen sind, ohne genug zu essen zu haben.

Friß: Sie essen recht gut. Es gibt kleine Erbsen auf französische Art.

François: Und „Delikatessen“. Sie haben sich Konzessionen gemacht —

Friß: Aber wie können sie sich verständigen? Briand spricht nicht deutsch und Strefemann nicht französisch.

François: Vielleicht sprechen beide englisch. Ja, der britische Einfluß...

Friß: Sei doch ruhig. Du wirst uns in einen Krieg mit England ziehen; na — und dann?

François: Und dann? Es würde sich ein englischer Minister finden, der mit einem von euch frühstücken würde, in London... oder anderswo.

Friß: So können schließlich alle Kriege mit Schmausereien auf-

François: Mit den Vorperlen sind sie fertig, jetzt gehen sie zur Offenstube gegen den Braten über.

Friß: Noch eine Axtade!

François: Aber diesmal wird dabei wenigstens kein Blut vergossen.

Friß: Jasses, Strefemann hat sich die Weste bekledert! Aber nicht schlimm. (Man sieht durchs Fenster, wie Briand Strefemann abputzen hilft.) ... Wie schön ist es hier doch!

François: Aha, du bist hier schon mal gewesen.

Friß: Ich habe auf einem Spaziergang den General von Seekt begleitet.

François: Und was hat er zu dieser schönen Landschaft gesagt?

Friß: Er hat gesagt: „Ach, das gäbe ein schönes Schlachtfeld!“

François: Es sieht da drin so aus, als ob sie sich ärgerten — vielleicht diplomatische Kompensationen.

Friß: Nein, sie beschwerten sich; es gibt junge Enten, aber sie ist zu zerfetzt.

(Man hört eine Detonation.)

Friß (aufgestört): Ich habe mich erschreckt.

François: Beschalt, man hat eine Flasche Champagner entkorkt.

(Man hört ein raues und hartes Lachen.)

François: Was ist denn das?

Friß: Das? Das ist Strefemann. Er lacht.

(Man hört den Gesang eines Violoncellos.)

Friß: Und das?

François: Jetzt redet Briand.

Friß: Was sagt er?

François: Er spricht Verse des Comte de l'He, eines unserer Dichter.

Friß: Sag' doch den Text! (Der Gesang des Violoncellos bricht bis zum Ende der Szene nicht mehr ab.)

François: „O, Durst des Mörders!

Schreckliche Blutgier!

Das Leid um die Toten zerreiht unser Herz,

Vor Millionen von Leiden

Wir versuchen euch alle

Und die Schmach dieses Schlachtens

Ohne Sinn, ohne Sinn!“

Friß: Wackerer Mann!

François: Andere Verse! Von Victor Hugo diesmal:

„Aufleuchtet Morgenrot über der Erde,

Gejubil der Lerche klingt weit in die Welt,

Und endlich, endlich sinkt der Haß

Ins Nüchtere!“

Friß: Der brave Mann! (François senkt den Kopf.)

Aber was hast du? Du siehst nicht gerade froh aus!

François: Doch, doch.

Friß: Es ist notwendig, daß man endlich versucht, einander näherzukommen.

François: Gewiß doch.

Friß: Ja, aber was bebrüdt dich denn?

François: Weil sie das alles jetzt erst machen, hinterher, nach dem Kriege. Sie hätten sich schon vorher zusammensetzen sollen!

(Die Stimme des Violoncellos verklingt langsam.)

Der Vorhang fällt, der Beifall des Pariser Publikums ist stärker als je im Laufe des langen Abends, und deutschnationale Blätter sind zum honorarfreien Abdruck der kleinen Szene höflich eingeladen.

Siegfried Jacobsohn ist im 48. Lebensjahr einem Schlaganfall erlegen. Als kluger und leidenschaftlicher Kritiker hat er die Berliner Theateraufführungen seit mehr als 25 Jahren in auch formal ausgezeichneten Artikeln besprochen. Seine geistige Unabhängigkeit konnte er durch die Gründung einer Zeitschrift wahren: „Die Schaubühne“, aus der später die „Weltbühne“ hervorgegangen ist. Dieser Mann, dessen Reizung fürs Theater an Fanatismus grenzte, der schon als blutjunger Gymnasiast keine wichtige Vorstellung versäumt hatte, wurde durch den Krieg mehr und mehr seiner ursprünglichen Natur entfremdet und der Politik zugeführt. Seine Theaterkritiken interessierten jetzt weniger, während seine Zeitschrift nach mancherlei Schwankungen die Tribüne oftmals sehr radikaler Elemente wurde. Sein Mut und seine Energie bei der Aufdeckung reaktionärer Unternehmungen verdient Anerkennung, wenn er auch, der von Hause kein Politiker war, in der Befolgung anders gerichteter Meinungen mitunter weit über's Ziel schoss. Seine Kompagnatur verwechsellte oftmals das Gemölte mit dem Möglichen und namentlich der Sozialdemokratie gegenüber bewies er einen erstaunlichen Mangel an Einsicht und Kenntnissen. Gleichviel, die Berliner Publizistik ist um ein bedeutendes Talent ärmer.

Wilhelm von Bode an Blinddarmentzündung erkrankt. Wie die Telegraphen-Union erfährt, handelt es sich bei der Erkrankung Bodes um eine Blinddarmentzündung, die bei seinem hohen Alter von 81 Jahren lebensgefährlich ist, zumal außerdem eine Embolie eingetreten ist.

Neue Entwürfe für das deutsche Silbergeld. Im Reichsfinanzministerium werden zurzeit die Entwürfe des Preisauschreibens geprüft, das der Staat zur Ausgestaltung des Silbergeldes unter der deutschen Künstlerschaft ausgeschrieben hat. Verlangt wurden plastische Modelle für 1, 2, 3- und 5-Reichsmarkstücke. Den ersten Preis errang der Bildhauer Kolbrand aus Ulftstedt in Bayern. Ihm zur Seite stehen die Entwürfe von Paul Bruson, der den zweiten Preis erhielt. Mit dem zweiten Preis wurde auch Alfred Bode-Kassel ausgezeichnet. Der dritte Preis fiel in die Hände von Prof. Friedrich Lommel-München, Prof. Dasio-München und dem Bildhauer Mühlbauer. In der Jury befanden sich unter anderem Reichsbankdirektor Dr. Schacht, Reichskunstwart Dr. Redtlob und Prof. Bruno Paul.

Der erste Carnegie-Professor bei der Hochschule für Politik. Der von der Carnegie-Stiftung eingerichtete Vollen bei der Deutschen Hochschule für Politik ist jetzt zum erstenmal besetzt worden. Die Carnegie-Stiftung ernannte Dr. Ramés Schottell zum ersten Carnegie-Professor in Berlin. Dr. Schottell wird die Kursreise Anfang Januar antreten.

Die Annahmedes Schundgesetzes

Nach dem Schundgesetz Erwerbslosenfürsorge.

Nach der Rede des Abg. Breitscheid (Soz.), die wir gestern im Abendblatt ausführlich wiedergaben, wurde der Kompromißantrag der bürgerlichen Rechtsparteien zum Schund- und Schmutzgesetz gedruckt vorgelegt. Er ist von allen bürgerlichen Parteien, auch von den Bäckischen, unterzeichnet. Nur die Unterschrift der Demokraten fehlt.

Von den Kommunisten ist folgender Mißtrauensantrag eingegangen: „Der Reichsminister Dr. Kütz besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages.“

Abg. Dr. Rosenbaum (Komm.) wendet sich gegen den Innenminister. Wenn Böhmerlichkeit in Deutschland töten würde, so wäre Dr. Kütz heute schon ein toter Mann. (Sehr laut links.) Als der Redner aus einer Zeitschrift die Bemerkung zitiert, Böhmer sei nur ein Trottel, aber Kütz der reaktionäre Treiber, rügt Präsident Lohde diese Bemerkung. Als ein Beispiel für Schundverleumdung Abg. Reichenbaum Stellen aus der Schrift einer christlichen Jugendorganisation über „das Werden des Menschen im Mutterleib.“ Zuruf: „Kütz glaubt ja an den Klapperstorch!“ (Heiterkeit.)

Abg. Frau Dr. Bäumer (Dem.) verteidigt noch das Gesetz, erklärt aber selbst: Bei der jetzigen Olliederung der Prüfstellen liegt allerdings die

Gefahr vor, daß das Gesetz zu rein kulturkämpferischen Zwecken und zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit mißbraucht wird.

Das Mißtrauen gegen das Gesetz wird verstärkt, wenn es angenommen wird mit einer Mehrheit von ganz bestimmter kulturpolitischer Tendenz.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. In der Spezialdebatte begründet

Abg. Dr. Löwenstein (Soz.) die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion. Er wendet sich insbesondere dagegen, daß das Hausieren und öffentliche Feilhalten auf der Straße stehender Schriften verboten sein soll, denn das habe nichts mehr mit Jugendschutz zu tun. Ferner müßten nicht nur „politische“ Zeitungen und Zeitschriften von dem Gesetz ausgenommen werden, sondern alle. Der Redner protestiert dann gegen das Verbot des Films „Nathan der Weise“ durch die bayerische Prüfstelle, das mit der Begründung erfolgte, eine solche Verherrlichung der Juden könne politisch aufreizend wirken. Abg. Hörnske (Komm.) tritt nochmals für die Ablehnung der Vorlage ein. Er erhält einen Ordnungsruf, weil er der Rechten Heuchelei vorgeworfen hat.

Die sozialdemokratischen Änderungsanträge zum § 1 werden gegen Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt. Danach wird § 1 in namentlicher Abstimmung mit 249 gegen 158 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Dagegen haben die Sozialdemokraten, Kommunisten und die meisten Demokraten gestimmt.

Es folgen die §§ 2 bis 5, die von den Filmprüfstellen und deren Zusammenfassung handeln.

Abg. Löwenstein (Soz.) begründet einige sozialdemokratische Anträge, wonach die Entscheidung darüber, daß eine Schrift auf die Liste gesetzt werden soll, durch eine Prüfstelle des Reiches erfolgen soll, die dem Reichsministerium des Innern angegliedert ist und die notwendige Sicherheit gegen Mißbrauch u. a. durch die Prüfstelle zur einstimmigen Beschlußfassung bietet.

Abg. Buchmann (Komm.) zeigt an einer Reihe von Fällen, wie in Bayern auch schon unter den bisher bestehenden Gesetzen gegen politische Schriften vorgegangen worden sei. Das werde künftig noch schlimmer werden.

Abg. Fleischer (Soz.) wendet sich gegen einen inzwischen eingegangenen neuen Änderungsantrag der Rechtsparteien, der geeignet ist, das Gesetz noch weiter zu verschlechtern und die Oberprüfstelle ganz illusorisch zu machen. Hier machte sich schon

der bayerische Einfluss

deutlich bemerkbar. Gerade die Möglichkeit, dieses Gesetz zu politischen Zwecken mißbrauchen zu können, habe bei dem Kompromißparteien die Begierde für die Vorlage erweckt. Der Redner ruft zum Schluß: Nieder mit diesem Scheusal, werft es in die Wolfslucht!

Die von den Sozialdemokraten gestellten Änderungsanträge werden abgelehnt. Die Abstimmung über § 2 ist wiederum namentlich. Dieser Paragraph wird mit 237 gegen 146 sozialdemokratische und kommunistische Stimmen bei 29 Enthaltungen der Demokraten in der Fassung des Kompromißantrages angenommen.

Beim § 3, der die Zusammenfassung der Prüfstellen regelt, wird ein sozialdemokratischer Antrag, der die besondere Berücksichtigung der Kirchenvertreter streichen will, in namentlicher Abstimmung mit 238 gegen 168 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt. Auch dieser Paragraph wird dann in der Kompromißfassung angenommen.

Zum § 4 (Verfahren der Prüfstellen) beantragen die Sozialdemokraten Streichung der Bestimmung, daß bei geschäftlichen Anpreisungen nicht auf ein schwebendes oder abgeschlossenes Verbotungsverfahren hingewiesen werden darf. Dieser Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 255 gegen 151 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt, § 4 selbst in der Fassung der zweiten Lesung gegen Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten angenommen. Gegen dieselbe Minderheit gelangt auch § 5 (Kosten des Verfahrens) zur Annahme.

Zum § 6 (Strafen) führt Frau Abg. Plum-Düffeldorf (Komm.) aus, die Nachher dieses Gesetzes verdient selbst Gefängnisstrafe. Unter Ablehnung sozialdemokratischer und kommunistischer Anträge werden auch die §§ 6 und 7 (Ausführungsbestimmungen) angenommen.

Darauf gab Abg. David (Soz.) für die sozialdemokratische Reichsstaatsfraktion die auf der Spitze des Blattes abgedruckte Protesterklärung ab.

Rummeher beantragt Abg. Schred (Soz.) die Schlußabstimmung auszuführen, bis die Beschlüsse der dritten Lesung zusammengestellt, gedruckt und dem Hause verteilt sind. Eine solche Möglichkeit sieht § 46 der Geschäftsordnung des Reichstages vor, wie Präsident Lohde darauf feststellt. Unter dem betretenen Schmelzen der Kompromißparteien wird die Schlußabstimmung zurückgestellt, bis die Beschlüsse der dritten Lesung im Druck vorliegen.

Die Neuordnung der Erwerbslosenfürsorge.

Inzwischen fährt das Haus in der Tagesordnung fort, und zwar mit der ersten Beratung eines Gesetzesentwurfs zur Abänderung der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge. Nach der Vorlage sollen die Leistungen der Wochenhilfe nicht mehr angerechnet, außerdem einige Härten bei der Prüfung der Bedürftigkeit gemildert werden.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärt, daß die Reichsregierung mit dieser Vorlage ihr Versprechen einlöst, daß sie am 9. November dem Reichstag gegeben habe. Die Vorschriften selbst, die die Reichsregierung nach dem Gesetz zu erlassen hat, liegen auch schon im Entwurf vor, sie werden noch mit den Ländern beraten und können voraussichtlich in nächster Zeit erlassen werden. Außerdem bringt der Entwurf die Erhaltung der Anwartschaft für die Sozialversicherten bei längerer Erwerbslosigkeit. Den in dieser Beziehung weitergehenden sozialdemokratischen Antrag bitte ich abzulehnen, da die Länder und Gemeinden die durch ihn hervorgerufene Belastung für untöricht erklärten. Der Minister bittet, es bei dem Regierungsentwurf zu belassen.

Abg. Brey (Soz.)

begründet den sozialdemokratischen Änderungsantrag. Der Redner erklärt, daß der Entwurf die Forderungen der Sozialdemokratie

Die Pariser Vorbesprechungen.

Briand-Chamberlain-Zatseki-Vandervelde. — Noch keine volle Einigung.

Paris, 3. Dezember. (Eig. Drahtber.) Die Aussprache zwischen Chamberlain und Briand, an der auch zeitweise Poincaré teilnahm, die sich am Freitag im Außenministerium veranstellte Frühstück anschloß, dauerte bis gegen 6 Uhr. In der darüber ausgegebenen amtlichen Mitteilung wird erklärt, die beiden Außenminister hätten „eine herzliche Unterhaltung“ über die verschiedenen Probleme der auswärtigen Politik und über die Fragen, die auf der Tagesordnung der Völkervereinigung stehen, gehabt. Es sei ihnen gelungen, eine völlige Einigkeit in allen diesen Problemen festzustellen. Man habe beschlossen, die Besprechungen über Einzelheiten in Genf fortzusetzen, da dazu keine Zeit mehr gewesen sei.

Aus dieser lakonischen Meldung scheint hervorzugehen, daß der Optimismus, mit dem man in Paris der Besprechung Briands mit Chamberlain entgegen sah, kaum berechtigt gewesen ist. Vielmehr ist der Schluß erlaubt, daß eine Einigung zwischen der französischen und der englischen Auffassung hinsichtlich der Militärkontrolle und der Abrüstung Deutschlands noch nicht restlos erzielt werden konnte. Diese Annahme wird auch bestätigt durch die Tatsache, daß keine zweite Aussprache, wie sie für Sonnabend angekündigt war, anberaumt worden ist.

In den Abendblättern wird behauptet, daß sich Polen auf Grund der Besprechung zwischen Briand und dem polnischen Außenminister Jazelski der französischen Auffassung in der Frage der Kontrolle und Abrüstung Deutschlands völlig angeschlossen habe. Außerdem wird die Vermutung geäußert, daß auch Vandervelde, mit dem Briand am Sonnabend nachmittags eine Unterredung haben wird, seine Zustimmung im Namen Belgiens erteilen wird.

Briand über das Rheinland.

Paris, 3. Dezember. (WZ.) Nach Schluß seiner Unterredung mit Chamberlain empfing Briand Vertreter der französischen und der englischen Presse und gab folgende Erklärungen in Beantwortung von an ihn gestellten Fragen ab:

„Wir haben über die

Entwaffnung Deutschlands

gesprochen, aber ich kann hierüber keine Einzelheiten geben. Die internationalisierte militärische Kontrollkommission in Berlin ist ebenso wie die Vorkonferenz damit befaßt. Man muß sie ihre Aufgabe vollenden lassen. Die Regierungen werden alsdann eine Entscheidung treffen. Sie fragen mich, so fuhr Briand fort, ob der Völkervereinigung im Verlaufe seiner nächsten Sitzung die Frage des Untersuchungsorganismus regeln wird, der an die Stelle der internationalisierten Kontrollkommission treten soll, wenn ihre Aufgabe beendet sein wird? Das ist möglich, obwohl die Tagesordnung die Prüfung dieser Frage nicht enthält, aber sie kann aufgeworfen werden, besonders anlässlich der Ernennung des Vorsitzenden der Untersuchungskommission, der gegenwärtig General Destier ist, dessen Vollmachten ablaufen. Das wird vor allem vom Stande der Arbeiten der Sachverständigen abhängen. Uebrigens hat sich der Völkervereinigung bereits über den gesamten Fragenkomplex der einzurichtenden Organisationen ausgesprochen, um das Untersuchungsrecht in Deutschland auf Grund des Artikels 218 des Friedensvertrages in Kraft zu setzen. Ueber die jüngsten Erklärungen Dr. Stresemanns und Dr. Berts antwortete Briand: Ich kann den deutschen Ministern nicht das Recht absprechen, die Auslegung des Friedensvertrages zu erörtern. Indessen darf man nicht vergessen, daß wir schon bevor der Vertrag von Locarno zur Ausführung gekommen ist, durch sehr viele Erleichterungen Deutschland unseren guten Willen bewiesen haben. Ich bin in der Tat bei Unterzeichnung dieses Abkommens der Ansicht gewesen, daß der neue Geist, der darin zur Geltung kommt, die Durchführung der Klauseln des Versailler Vertrages erleichtern könnte. Auf diese Weise ist in den besetzten Gebieten eine

beträchtliche Herabsetzung der Truppenbestände durchgeführt.

eine Herabsetzung um mehr als 8000 Mann. Mehr als 2000 Wohnungen sind der Bevölkerung zurückgegeben worden. Viele öffentliche Gebäude sind den Gemeindebehörden wieder zur Verfügung gestellt worden. Ein Reichskommissar ist ernannt worden. Eine sehr weitgehende Amnestie wurde den Deutschen bewilligt, die während der Periode der Spannung verurteilt wurden. Endlich sind angenehmere Beziehungen auf allen Gebieten zwischen den Besatzungstruppen und der rheinischen Bevölkerung hergestellt worden. Ein Vertrag kam immer menschlicher gestaltet werden entsprechend der Einstellung des Geistes der daran interessierten Nationen, deren gegenseitiger guter Wille nicht versagen kann, die Durchführung zu erleichtern. Aber das sind komplizierte Dinge, die Zeit erfordern. Wenn jedoch der Versailler Vertrag sieben Jahre besteht, so darf man nicht vergessen, daß das Abkommen von Locarno erst seit drei Monaten in der Ausführung begriffen ist, und zwar durch den Eintritt Deutschlands in den Völkervereinigung. Was wollen Sie noch mehr? Die internationale Politik kann doch

nicht mit der Schnelligkeit eines Filmstreifens

ablaufen. Mit einem Wort: Unsere Unterredung hat uns gestattet, noch einmal die Gemeinsamkeit unserer Ansichten über den gesamten Fragenkomplex der Probleme der auswärtigen Politik festzustellen, und ich bin davon überzeugt, daß die gleiche Uebereinstimmung sich auch innerhalb des Völkervereinigung mit den anderen Kollegen wiederfinden wird.

Chamberlain für eine Viermächtekonferenz.

Paris, 3. Dezember. (WZ.) Ueber die Erklärung, die Chamberlain heute vor den Vertretern der angelsächsischen Presse abgegeben hat, erfährt der Pariser Korrespondent des WZ. aus zuverlässiger Quelle folgendes: Vor sechs Monaten habe er in Paris vor zu großen Hoffnungen auf sofortige Erfolge gewarnt. Diese Warnung gelte auch noch heute. Aber inzwischen hätten sich in Europa Strömungen für eine beachtliche Entspannung gezeigt und das würde sogar in den ansehereuropäischen Ländern bemerkt, zum Beispiel in den Vereinigten Staaten, wo Locarno als besonderes Zeichen dafür angesehen werde, daß Europa dem Kriege den Rücken kehre und in eine neue geschichtliche Periode eintrete.

Chamberlain fuhr fort: Ich habe aus meiner heutigen Besprechung und aus einer Nachricht, die ich aus Berlin erhalten habe, die Gewißheit erlangt, daß wir in der Lage sein werden, mit gutem Willen unsere Schwierigkeiten zu lösen und unsere Zusammenarbeit fester zu gestalten. Das ganze System der Zusammenarbeit ist auf dem Vertrauen aufgebaut. Die enge englisch-französische Freundschaft ist die unerlässliche Grundlage, auf der dieses Gebäude errichtet werden muß. Es verpflichtet uns, unseren früheren Gegnern näher zu kommen und auch Italien in diesen Kreis einzubeziehen. Es ist wesentlich, daß sich die vier Regierungen näher aneinander schließen und eine gemeinschaftliche Politik der Entspannung betreiben und gemeinschaftlich an die Lösung ihrer Schwierigkeiten herantreten und das Friedenswerk vollenden. Mit einer offiziellen Politik werden wir dieses Ziel erreichen.

Auf die Frage, ob Briand und er sich über die Entwaffnung Deutschlands verständigt hätten, erwiderte Chamberlain, es sei unmöglich, in einer kurzen Besprechung eine Lösung aller Fragen zu erreichen. Aber er sehe keine Unmöglichkeit, daß man zu einer Verständigung komme, und zwar nicht nur zu zweien, sondern auch zu fünf, womit er alle Unterzeichner des Abkommens von Locarno, einschließlich Italien und Belgien meinte.

Stresemann, Schubert und Gaus sind gestern Abend nach Genf abgereift.

Darauf wird die Vorlage in zweiter und dritter Lesung angenommen. In der zweiten Lesung stimmen die Kommunisten dafür, indem sie bei der Gegenprobe sitzen bleiben, in der dritten Lesung stimmen sie dafür; die Deutschnationalen enthielten sich der Stimme. Der politische Antrag auf Aufhebung der Erwerbslosenverordnung wird abgelehnt.

Die endgültige Annahme des Schundgesetzes.

Da inzwischen die Beschlüsse der dritten Lesung des Gesetzes gegen Schmutz und Schund gedruckt vorliegen, kann die Abschlußabstimmung vorgenommen werden. Sie ist auf Antrag der Sozialdemokraten und der Kompromißparteien namentlich. 250 Abgeordnete stimmen mit Ja, 158 Abgeordnete mit Nein, 3 haben sich der Stimme enthalten. Das Ergebnis wird von den Kommunisten mit Pfulrußen angenommen. Einige Tribünenbesucher, die gleichfalls in die Pfulruße eingestimmt hatten, wurden von Saafdienern aus dem Hause verwiesen.

Gegen 5½ Uhr verläßt sich das Haus auf Donnerstag, den 9. Dezember, nachmittags 2 Uhr, mit der Tagesordnung: Fortsetzung der zweiten Beratung des zweiten Nachtragssets, kleinere Vorlagen.

Der FD-Zug.

¼ 4 Uhr nachmittags im Reichstag. Der Schund- und Schmutzblock hat sein Werk glücklich durchgeführt. Genosse Dr. David verliest die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion. Schon treten im ganzen Hause die Hüpen und rufen die Abgeordneten zur Schlußabstimmung zusammen. Da meldet sich Genosse Schred zur Geschäftsordnung und beantragt Aussetzung der Abstimmung, bis die Kompromißfassung gedruckt vorliegt. Fünfzehn Abgeordnete würden genügen und 150 unterstützen den Antrag. Große Bestürzung auf der Rechten.

Nicht, daß das Schicksal des Gesetzes irgendwie gefährdet wäre. Es handelt sich ja nur um eine Verzögerung von zwei Stunden. Aber ... der FD-Zug fährt ihnen davon. Der FD-Zug, der Berlin um 4 Uhr nachmittags verläßt und mit dem man noch am gleichen Abend Westfalen und sogar das Rheinland erreichen kann! Alles war schon so schön vorbereitet. Die Autos waren bestellt und standen bereits vor dem Portal 11. Der Stationsvorsteher vom Zoo war telefonisch ersucht worden, die Abfahrt des Zuges eventuell um einige Minuten zu verzögern, damit die Herren deutschnationalen und deutschvolksparteilichen Generaldirektoren, Syndizist usw. nach vollbrachter Schund- und Schmutzarbeit ihre Heimat noch am gleichen Abend wieder erreichen können.

Der schöne FD-Zug ist ohne sie abgefahren. Die Herren Syndizist und Generaldirektoren haben noch die Erwerbslosenbehalte über sich ergehen lassen müssen. Arme rheinisch-westfälische Industriellen, welche Opfer verlangt der Rütz-Block von euch!

Wer arbeitet in Berlin?

Nach den Ergebnissen der Berufs- und Betriebszählung.

Das oben veröffentlichte Heft 21 von „Wirtschaft und Statistik“ bringt die Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung für Berlin. Es geht daraus hervor, daß in Berlin 294 300 gewerbliche Niederlassungen und 1 711 000 beschäftigte Personen vorhanden sind. Da Berlin rund 4 Millionen Einwohner hat, ist fast jeder zweite Berliner berufstätig. Auf die industrielle Produktion entfallen, einschließlich Handwerk und Hausgewerbe, rund 137 000 Betriebe und 1 000 000 beschäftigte Personen. Im Handel sind 440 000 Personen tätig und im Verkehrswesen 123 000 Personen.

Rund 33 Proz. aller in Berlin erwerbstätigen Personen sind Frauen. Von der Gesamtzahl der Frauen, die 557 000 beträgt, sind 161 000 im Handelsgewerbe und 135 000 im Bekleidungs- und Hausgewerbe beschäftigt. Im Bekleidungs- und Hausgewerbe ist es namentlich die Hausindustrie, in der die Frauen tätig sind. Gehören doch von den 52 000 in Berlin vorhandenen Hausbetrieben mit 83 000 Beschäftigten rund 48 000 Betriebe mit 78 000 Personen dem Bekleidungs- und Hausgewerbe an.

Gegenüber der Zählung von 1907 hat die Zahl der Betriebe in der Industrie um 2300 abgenommen, die Zahl der Beschäftigten aber um 210 000 zugenommen. Im Handel haben die Betriebe sich um 41 000 und die Zahl der darin beschäftigten Personen um 160 000 vermehrt. In den Zahlen von 1907 ist das alte Berlin enthalten, während das Ergebnis von 1925 Groß-Berlin umfaßt. Die Gegenüberstellung sieht wie folgt aus:

	1907	1925
Industrie: Zahl der Betriebe	140 140	137 000
Zahl der Personen	805 000	1 016 000
Handel: Zahl der Betriebe	78 000	120 000
Zahl der Personen	255 000	415 000

Die Zahlen über den Anteil der Verkehrsbetriebe an der Gesamtzählung in ihrer Gegenüberstellung mit 1907 ergeben, daß eine Verringerung eingetreten ist. Die Zahl der Betriebe betrug 1907 6968, in denen 44 828 Personen beschäftigt waren, 1925 wurden 5329 Betriebe und 44 020 Personen gezählt. Darin sind die großen Verkehrswege, nämlich Post- und Telegraphenwesen und Reichsbahn nicht enthalten. Im Jahre 1925 wurden in den Zweigen des Verkehrs ermittelt:

	Betriebe	Personen
Post- und Telegraphenwesen	180	50 979
Reichsbahn	50	37 918
Privatbahnen	84	12 258
Sonstiger Verkehr	4986	22 626

Das größte Interesse beanspruchen die Zahlen, aus denen hervorgeht, in welchen Industrien die Erwerbstätigen ihren Lebensunterhalt verdienen. Es waren vorhanden in der

Industrie	Betriebe	Personen
Industrie der Steine und Erden	648	7 724
Eisen- und Metallindustrie	15 829	393 284
Chemische Industrie	916	24 977
Textilindustrie	2 778	19 008
Papierindustrie	2 248	31 518
Berufsfertigungsgewerbe	1 508	32 811
Leber- und Linoleumindustrie	1 630	9 488
Rautschul- und Kfz-Industrie	206	5 380
Holz- und Schnitzstoffgewerbe	8 375	38 212
Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie	810	13 505
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	11 087	84 849
Bekleidungs- und Hausgewerbe	79 341	208 218
Bauwerke	12 192	104 630
Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung	119	12 464

Weitaus am stärksten ist die Metallindustrie vertreten, an zweiter Stelle steht das Bekleidungs- und Hausgewerbe, dann folgt das Bau- und Holzgewerbe, das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, das Holz- und Schnitzstoffgewerbe und das Berufsfertigungsgewerbe, die mit mehr als 50 000 beschäftigten Personen vertreten sind. In weitem Abstand folgt die Chemische Industrie und die Papierindustrie.

Im Handel steht der Einzelhandel an erster Stelle. Es waren darin beschäftigt 164 000 Personen in 64 000 Betrieben. Der Großhandel beschäftigt 130 000 Personen in 17 000 Betrieben; im Kauf- und Straßenhandel verdienen sich 20 000 Personen den Lebensunterhalt, im Geld-, Bank- und Börsenwesen 52 000 und in den sonstigen Handelszweigen 75 000. Im Einzelhandel sind 54 Warenhäuser mit 16 312 beschäftigten Personen mit einbezogen.

Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe sind 63 000 Personen berufstätig, im Gesundheitswesen und hygienischen Gewerbe 32 000, im Theater-, Musik-, Sport- und Schaustellungsgewerbe 10 000, im Versicherungswesen 15 000 und in der Filmbranche 6000 Personen.

Die Zahlen gewähren einen tiefen Einblick in das Berufsleben der Berliner Bevölkerung. Besonders auffallend ist daran der starke Anteil der Frauen an der Erwerbsarbeit. Er ist hier erheblich höher als in Süddeutschland, wo 29 Proz. aller Erwerbstätigen Frauen sind, jedoch nicht so hoch wie in Sachsen, wo der Anteil 35 Proz. beträgt. Zurückzuführen ist dieser stärkere Anteil auf das Vorhandensein einer starken Textilindustrie, in Berlin auf das Vorherrschen des Bekleidungs- und Hausgewerbes.

Wie wir erfahren, ist aber zwischen den Regierungsparteien bis jetzt noch keine Einigung über die Vorschläge des Reichsfinanzministers erfolgt, so daß noch weiter darüber verhandelt werden wird.

Gewerbemäßige Stellenvermittlung.

Der Stellensmittler Thierfeld, Kommandantenstr. 62, ist im Verlaufe des letzten Jahres wegen seiner Praktiken den Arbeitslosen gegenüber fünfmal bestraft worden, und zwar mit 15, 100, 30, 150 und 100 M. Geldstrafe. Die Bestrafung erfolgte, weil er arbeitslosen gastwirtschaftlichen Arbeitnehmern 5 M. für eine Auswärtsstellung angenommen hat, für die nur auf Grund der polizeilich festgesetzten Gebühren 20 Pf. erhoben werden dürfen. In einem anderen Falle wegen Nichteintragung der Vermittlungen, schließlich wegen der Einführung eines eigenen Hotelbetriebes am Budower See, für den er die Arbeitskräfte selbst vermittelt und sich dafür bezahlen ließ. Selbstverständlich sind diejenigen Fälle, die hier zur Bestrafung gekommen sind, nur ein kleiner Ausschnitt der wirklich vorgenommenen strafbaren Handlungen. In den meisten Fällen wollen es die Arbeitssuchenden mit dem Stellensmittler nicht verderben und machen keine Anzeige. Man kann sich unter diesen Umständen vorstellen, in welcher Weise die Arbeitslosigkeit von den Stellensmittlern ausgenutzt wird. Der Stellensmittler Thierfeld ist wahrscheinlich deswegen aus der Elbfloßstraße verjagt, weil ihm das Bezirksarbeitsamt Mitte zu sehr auf die Finger gesehen hat. Wir sind neugierig, wie lange sich das jetzt zuständige Arbeitsamt Kreuzberg die Dinge gefallen lassen wird. Nach so vielen Bestrafungen wäre es endlich an der Zeit, von der Konzessionsentziehung Gebrauch zu machen.

Die Reichsbahn baut immer noch ab.

Gegen den weiteren Abbau bei der Reichsbahn hat die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtags eine Anfrage eingereicht, in der darauf hingewiesen wird, daß die Reichsbahnverwaltung in den Eisenbahnwerkstätten und Ausbesserungswerken weitere 6000 Arbeiter zu entlassen beabsichtigt. Von den 6000 entfielen allein 400 bis 500 auf Baden. Von der badischen Regierung wird verlangt, im Reichsrat sich dafür einzusetzen, daß weitere Entlassungen bei der Reichsbahn unterbleiben.

Schuhmacheraußsperrung in Weissenfels angedroht.

In einer Reihe von Bezirken der Schuhindustrie haben die Arbeiter, nachdem die Fabrikantenvereine zentrale Verhandlungen über eine Lohnerhöhung abgelehnt haben, an ihre Unternehmer direkt Forderungen auf Lohnerhöhung gestellt. Das geschah auch in Weissenfels in acht Betrieben. Der Weissenfelder Fabrikantenverband verlangte daraufhin die Zurücknahme der Lohnforderungen; erfolge sie nicht, dann würden sämtliche Arbeiter in Weissenfels ausgesperrt. Zur Begründung ihres Vorgehens erklärten die Fabrikanten, daß sie zur Bewilligung von Lohnzulagen nicht berechtigt seien, da auf Grund des Tarifvertrages solche Zulagen nur zentral erfolgen könnten.

Bewegung der Antwerpener Diamantarbeiter.

Die Unternehmer gegen Genossenschaftsbetrieb.

Brüssel, 3. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalstreik in der Antwerpener Diamantenindustrie scheint unvermeidlich. Seit einiger Zeit waren infolge steigender Lebenshaltung Lohnverhandlungen im Gange. Die Unternehmer lehnen nunmehr plötzlich alle Verhandlungen ab, weil der Diamantenarbeiterverband ein Grundstück angekauft hat, um eine große Diamantenschleiferei auf genossenschaftlicher Grundlage zu errichten. Die Unternehmer verlangen Verzicht auf diese Produktionsgenossenschaft. — Auch in zahlreichen anderen belgischen Industrien drohen Lohnbewegungen, um einen Ausgleich für die fortgesetzte steigende Teuerung zu schaffen. Der Industriellenverband hat in einem geheimen Rundschreiben die Unternehmer aller Berufe aufgefordert, Lohnbewegungen zu verweigern. Infolge dessen muß man sich auf große Kämpfe gefaßt machen. Ein scharfer Aufmarsch der Gewerkschaftszentrale darf als Einleitung dazu betrachtet werden.

Streik im ostgalizischen Petroleumgebiet.

Warschau, 3. Dezember. (RUB.) Im ostgalizischen Petroleumgebiet sind die Arbeiter einer Reihe von Raffinerien in den Streik getreten. Die Ausstandsbewegung umfaßt 2000 Arbeiter.

Bewegung der polnischen Bergarbeiter.

Warschau, 3. Dezember. (RUB.) Angesichts der Ankündigung der Arbeitgeber des Dombrowaer Reviers, daß sie für den Dezember den Grubenarbeitern keine Lohnerhöhung zubilligen könnten, ist auf den 8. Dezember nach Dombrowa ein Kongress von Vertretern der Grubengewerkschaften sämtlicher polnischen Reviere einberufen worden, um über die weitere Haltung zu beraten. Man rechnet für den Fall, daß die Grubenbesitzer nicht einlenken sollten, mit der Möglichkeit der Ausrichtung eines allgemeinen polnischen Grubenarbeiterstreiks.

Wohnung, SPD-Polzarbeiter! Bezirk Reichswesen (Gesundbrunnen, Wedding, Köpenick): Versammlung am Sonntag, 5. Dezember, vormittags 10 Uhr, bei Ulrich, Uckerstr. 45a, Wilmersdorf.
Wohnung, SPD-Polzarbeiter! Alle Ostbezirke! Versammlung am Sonntag, 5. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Reumann, Samariter-Eds. Schneidestraße, Borsdorf des Genossen Dornick. Zu diesen Versammlungen ist das Erscheinen aller Genossen, insbesondere der Genossinnen, unbedingt erforderlich. Die Beschlüsse sind verbindlich.
 Der Ortsvorsitzende.

Zimmerer! Dienstag, 7. Dezember, 7 Uhr, in den „Sozialen“, Sophienstr. 17/18, große allgemeine Mitgliederversammlung. Alle Funktionäre werden ersucht, in den Betrieben rechtzeitig zu erscheinen und für guten Verlauf der Versammlung zu sorgen.
Arbeiterverband der Zimmerer, Rahlfeld Berlin.

Freie Gewerkschaftsjugend, Seute, Sonnenberg, 7 Uhr pünktlich im Sitzungssaal des WPA-Karls, Engelstr. 12/13, vorn 4. Tr., Arbeiterkreis der gewerkschaftlichen Jugendfunktionäre. Thema: Die Entwicklung der Berufslehre.
 — Morgen, Sonntag, Besichtigung des Chemischen Museums der Technischen Hochschule Charlottenburg, Teilnahme nur gegen Karten. Die Karten haben treffen bis pünktlich 9 1/2 Uhr vormittags vor dem Hauptportal der Technischen Hochschule.
 — Morgen, Sonntag, Wanderung der Gruppe Weissenfels nach Hakenstrug-Brickelang. Treffpunkt 8 Uhr morgens Bahnhof Weissenfels.

Verantwortlich für Vollst.: Dr. Curt Geert; Wirtschaft: Felix Seitzmann; Gewerkschaftsbewegung: S. Steiner; Funktionäre: R. B. Böcher; Polizei und Contingents: Fritz Karst; Anzeigen: Ed. Glöck; Sämtlich in Berlin.
Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlag, Bornhörs-Verlag, Bornhörs-Verlag, Bornhörs-Verlag, Bornhörs-Verlag, Bornhörs-Verlag, Bornhörs-Verlag, Bornhörs-Verlag, Bornhörs-Verlag, Bornhörs-Verlag.

GROSSER WEIHNACHTS-VERKAUF

Pulloverstoffe neue Muster 90 Meter 90 Pf.	Sacquard mit Kannteele, für Kleider, einfarbig 145 Meter 145 Pf.	Kleiderstoffe einfarbig, in schönen Farben 95 Meter 95 Pf.	Reinw. Gabardine schwere Qualität, in soliden Farben ca. 130 cm breit 390 Meter 390 Pf.	Maskenfamt in vielen Farben 165 Meter 165 Pf.	Maskenatlas ca. 90 cm breit, grosse Farbauswahl 195 Meter 195 Pf.
Pullover englisch, reine Wolle, in modernen Mustern 875	Damen-Filzhüte grosse Auswahl in Formen und Farben, mit Rippschmuck 195	Damen-Strümpfe pa. Baumw., Strapazierqual., schwarz u. farb., mit Doppelsohle u. Hochriese 90 Paar 90 Pf.	Herren-Socken prima Baumwolle, einfarbig, gut verstärkt 45 Paar 45 Pf.	Damen-Schlüpfer mit warmem Futter 195	Unterbekleider für Herren, wollgemischt 245
Oberhemden gefütterte Brust, mit Kragen 450	Nachthemden für Herren, mit Kragen oder Geishaform 475	Kolltücher gute haltbare Qualität, Streifenmuster 110 Stück 110 Pf.	Taschentücher für Herren, weisse Linnen, mit Rippschmuck, gute kräftige Ware 20 Stück 20 Pf.	Feinste Toiletteseife Karton mit 3 grossen Stücken 90 Pf.	Perfekoliers aus massivem, unzerbrechlichem Porzellan mit echten Silberbeschlägen 90 Pf.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE ALEXANDERPLATZ FRANKFURTER ALLEE

Praktische Geschenkartikel in grosser Auswahl

Straßenbahn durch die Heerstraße.



Zu den 1200 Kilometern Straßenbahnstrecke, die Berlin durchqueren, werden im nächsten Frühjahr weitere fünf Kilometer kommen. Im Verhältnis betrachtet, erscheint das recht wenig, aber die Kürze der neuen Strecke wird durch ihre Bedeutung mehr als aufgehoben.

Seit einigen Monaten wird an der Durchführung der Straßenbahn vom Bahnhof Heerstraße nach Spandau-Bicheldorf gearbeitet. Damit wird ein Projekt zur Durchführung gebracht, das bei der Anlage der erkaisierten Soldatenstraße nicht geplant war, weil man ein Zivilisten-Restaurant nicht auf der militärischen Ausfallstraße nach dem Soldatenplatz/Döberitz haben wollte. Was der damalige allerhöchste Kriegs- und Bauherr absichtlich veräußerte, muß die Stadt Berlin jetzt nachholen. Eine Straßenbahn nach den für den sommerlichen Ausflugsverkehr außerordentlich bedeutungsvollen

Gegenden an der Unterhavel war schon immer notwendig. Diese Notwendigkeit bewies die gute Rentabilität der einzigen Omnibuslinie, die, allerdings zu teuren Preisen, das einzige Verkehrsmittel dorthin war. Der Bau der neuen Straßenbahnstrecke wird etwa 1,2 Millionen Mark kosten. Die Inbetriebnahme ist planmäßig für den April des nächsten Jahres vorgesehen, doch werden bei einem weiteren Anhalten der günstigen Witterung die Bauarbeiten so gefördert werden können, daß schon eine frühere Aufnahme des Verkehrs möglich sein kann. Die neue Strecke wird wahrscheinlich zunächst eine Verlängerung der Linie 75 (und vielleicht auch der 53) bringen, die dann ihren jetzigen Endhalteplatz vom Bahnhof Heerstraße nach Bicheldorf verlegen wird. Sie trifft dort mit der 55, die jetzt den Riesenweg vom Knie in Charlottenburg über Siemensstadt und Spandau nach Bicheldorf macht, zusammen.

Die „Weltfrauenloge“.

Reiflos verlorene „Interesseneinlagen“.

Unter dem Titel „Der Frauenwille“ erschien seit Juni d. J. in der Marktgrafenstr. 5 eine Zeitschrift. Ihr Folge bald darauf die Gründung der „Weltfrauenloge“, Liga zum Schutze der Frau e. B., als deren Organ sich seitdem das Blatt bezeichnete. Der Unternehmer war ein Kaufmann Fr. Ernst Woop, Köpenicker Straße 35.

Die Weltfrauenloge und ihr Organ dienten angeblich sehr guten Zwecken: der Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Frau, der Erziehung von Kindern und Müttern, der Erziehung zur Chastität, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit usw. Auch ein vierzehntägiger kostenloser Sommeraufenthalt,

Sonderrabatte bei Einkäufen in Geschäften und anderes mehr wurden versprochen. Es waren im ganzen 16 Punkte, die sehr verlockend ausahen. Aber, so heiß es in den Satzungen, einen Rechtsanspruch auf alle die schönen Dinge hatte niemand. Die Weltfrauenloge oder vielmehr Herr Woop entwickelte bald eine sehr rege Tätigkeit. Der persönlich gewandte und geschäftstüchtige Mann, der die Loge und ihr Blatt leitete und die gesamte Verwaltung in Händen hatte, suchte Kassierer mit 300-500 Mark und zahlreiche Agentinnen. Bald aber kamen diese zur Kriminalpolizei und klagten, daß sie grundlos entlassen worden seien und ihre Kautions nicht wieder bekommen könnten. Sie fühlten sich geschädigt und beschuldigten Woop des Kautionschwindels. Eine Prüfung der Beträge zeigte jedoch, daß die kaufmännisch ungewandten Leute nicht eine Sicherheit gestellt, sondern eine „Interesseneinlage“ gemacht hatten. Den Unterschied hatten sie gar

nicht erkannt. Woop wurde nun überwacht und jetzt wurde zunächst festgestellt, daß die Gründung beider Unternehmungen auf eine sehr eigentümliche Art zustande gekommen war. Wie die vorgenannten Zeugen bekundeten, lud Woop eines Tages 10 Frauen nach einem Weinrestaurant ein und bewirtete sie dort. Im Laufe der Unterhaltung ließ er eine Anwesenheitsliste herumgehen und unterzeichnen, dann noch eine zweite Liste. Am nächsten Tage erzählte er, er habe jetzt die „Frauenloge“ gegründet und sein „Frauenwille“ sei auf 15 Jahre zum Organ dieser Loge erklärt worden. Das habe nach der Behauptung der Zeugen die zweite Liste enthalten, die sich die Frauen wohl nicht genauer angesehen hätten. Ueber 100 Agentinnen entwickelten nun bald eine rührige Tätigkeit, besonders in den weniger gut gestellten und ärmeren Volksschichten. Nach längeren Beobachtungen und Ermittlungen nahm die Kriminalpolizei den Gründer fest und führte ihn dem Untersuchungsrichter vor. Dieser behielt ihn in Haft. Woop besah nicht einen Pfennig mehr. Er muß aber ganz beträchtliche Einnahmen gehabt haben. Die Zahl der Abonnenten seines Blattes, das den Monat 1,50 Mark kostete, wird auf 4000 geschätzt. Das ergibt schon eine Monats-einnahme von 6000 Mark. Dazu kommen noch die Mitgliederbeiträge, die der Gründer rigoros einzog. Schon am 1. November verbot die Kriminalpolizei den 6-7 Kassierern und Kassiererinnen, die sie in den beiden Geschäftsräumen im 3. Stock des Hauses Marktgrafenstr. 5 antraf, weitere Gelder einzuziehen. Sie taten es aber dennoch, um zu ihrem Gehalt und zu ihren Interesseneinlagen zu kommen. Auch gegen sie ist jetzt das Verfahren eingeleitet.

Alle diejenigen, die seit dem 1. November an Kassierer oder Werber der „Weltfrauenloge“ und des „Frauenwillens“ Woops noch Geld gezahlt haben, werden ersucht, sich bei Kriminalkommissar Boffehl, Dienststelle F 8, im Zimmer 3 und 6 im Polizeidienstgebäude in der Georgenkirchstraße 30a zu melden und die Duitungen mitzubringen.

Der Monarchistenkranz am Kriegerdenkmal. Polizeischutz für Schwarzweißrot!

Vor einigen Tagen teilten wir mit, daß in Teupitz auf dem Friedhof der dortigen Landesanstalt der Anstaltsdirektor einen mit schwarzroigoldener Schleife geschmückten Reichsbannerkranz von einem Kriegergrab hatte beseitigen lassen, daß aber nach einer Beschwerde der Teupitzer Reichsbanner-Ortsgruppe der dem Landesanstaltsdirektor vorgelegte preußische Innenminister diese Maßregel als unzulässig gerügt hat. Der Anstaltsdirektor wollte in dem Schreiben, mit dem er selber den Vorsitzenden der Reichsbanner-Ortsgruppe von diesem Ergebnis der Beschwerde in Kenntnis setzen wollte, die Kranzbeseitigung nachträglich damit erklären und entschuldigen, daß er, den man nicht um Zustimmung zu der Kranzniederlegung gebeten habe, sozusagen Herr auf seinem Hofe sei. Ein Gegenstück zu jenem Teupitzer Vorkommnis wird uns jetzt aus Berlin-Schöneberg bekannt, wo am Totenmonat eine rechtsgerichtete Organisation am Kriegerdenkmal auf dem Ranbach-Platz einen Kranz mit schwarzweißroter Schleife niedergelegt hat. Wurde vielleicht nach Teupitzer Muster der Kranz samt Schleife auf Befehl des schwarzweißroten Bezirksbürgermeisters Berndt beseitigt, weil man ihn, durch den das auf öffentlichen Platz errichtete Denkmal in die Obhut des Bezirksamtes genommen worden ist, nicht um Erlaubnis zur Kranzniederlegung gebeten hatte? Oder schritt gar die Polizei ein und beseitigte selber den Kranz mit schwarzweißroter Schleife, weil sie darin ein öffentliches Vergernis und eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung sah? Nein, keines von beiden geschah! Aber das tat die Polizei, daß sie vor dem Kranz mit schwarzweißroter Schleife zu seinem Schutz einen Posten aufstellte. Damit der Kranz nicht entwürdet würde, ordnete der Vorsteher des 177. Polizeiregiments an, daß ein Beamter das Denkmal zu bewachen habe. Der Inspektionskommandeur von Schöneberg, Polizeimajor Brudmann, der am Abend des Totenmonats das 177. Revier kontrollierte, soll diese Anordnung, als er von ihr Kenntnis erhielt, so weit gebilligt haben, daß die Bewachung wenigstens bis in die Nachtzeit erforderlich sei.

Man beachte den Unterschied! In Teupitz ließ ein Beamter den Kranz beseitigen, in Schöneberg muß ein Beamter den Kranz bewachen. In Teupitz war's ein Kranz mit schwarzroigoldener Schleife, den die republikanische Reichsbannerorganisation

Die Wunder der Klara van Haag.

Von Johannes Buchholz.

Aus dem Dänischen übersetzt von Erwin Magnus.

„Herrgott, Kindchen, wann begann er denn so schlimm gegen Sie zu sein? Gleich?“

„Es war am Hochzeitstage, als wir in aller Einfachheit gegessen hatten und die Familie gegangen war. Meine Mutter drückte mir im Gang draußen so fest die Hand und sah mich so bestimmt an. Da mußte ich weinen, und darüber wurde er natürlich wütend. Ich hätte es ja auch lassen können. — Aber ich konnte es nicht, und da schalt er mich. Aber er hat, wie gesagt, seitdem viele Male aufgehört. Ach Gott ja — ich sollte nicht undankbar sein, wo ich den bekommen habe, den ich am liebsten haben wollte! Aber ich beklage mich ja auch nicht. Nicht wahr? Ich erwähne nur seine Unbesonnenheit, weil ich so tun muß, wenn man meine Freude und mein großes Erstaunen über die Veränderung, die mit ihm geschehen ist, verstehen soll. Ich kann ihn buchstäblich um den Finger wickeln und einen Knoten in ihn schlagen, wenn ich will. Ich kann übrigens gern ein Beispiel nennen, sogar von heute morgen. Er hat ja eine Freude an aller Art alten Gerümpels, und da kommt er heimgeschleppt mit einem ganzen Sack von diesen Pappmachefiguren, wie man sie an Särge nagelt — ja, jetzt sind sie ja nicht mehr modern — Engelsköpfe, Glaube, Liebe und Hoffnung, rauchende Fackeln und an fünfzig Lebewohlhände die Sie wohl kennen, sehr hübsche Hände, die sich schön und traurig drücken . . . aber doch . . . nichts Anständiges für ein Haus, in dem lebendige Menschen wohnen sollen. Denn Egholm wollte sie absolut hier annageln. Er hat ja seine Einfälle, die durchgeführt werden müssen, und wenn die Erde wackelt! Aber ich wollte so schrecklich ungern, daß er die Leute wieder reizte, jetzt, da sie sich gerade beruhigt hatten nach der Turbine und dem Hause, das ihnen ja nicht gefällt, weil es den anderen Häusern nicht gleicht. Ach, wir haben ein Teufel durchgemacht, worüber wir jetzt nicht reden wollen, zum Beispiel, wenn Egholm auf bloßen Füßen im frisch gefallenem Schnee ein Buch holen ging, und sie glaubten, er sei toll. Rein, aber ich wollte nicht gern wegen der Kinder, namentlich wegen Emanuel, der in die Realschule geht. — Was versteht ein unwissender Mensch wie du davon? sagte er. Ich weiß schon, worüber die Leute lachen, sagte ich. — So dumm bin ich nicht. Rosengirlanden und Fackeln kannst du gern aufhängen, die bedeuten nichts. Engelsköpfe und Glaube

und Hoffnung können auch noch zur Not angehen. Die können dies und das bedeuten. Wenn du aber die Lebewohlhände in einem Bogen über die Tür nagelest — das war nämlich seine Absicht — dann nennen die Leute unser Haus sofort die Sargvilla. — Die Leute! sagte er. — Ich spucke auf die Leute! (Ich dachte: Ja, außer wenn du Verbeugungen und Krachfüße vor deinen Kunden machst.) Im übrigen aber, sagte er — bist du schief gewickelt, wenn du glaubst, daß die Hände Lebewohlhände sind. Es sind Gutentagshände, und du weihst doch sehr gut, daß Frau van Haag heute kommt.“

„Liebe, liebe Kinder,“ sagte Frau Klara lächelnd.

„Ja, das besänftigte mich natürlich auch. Der Gedanke ist es ja, vor dem man sich beugen muß, und der Gedanke war schon gut — für sein verrücktes Denken wenigstens.“

„Die Gnädige wird mächtig böse, sagte ich, wenn du mit solchen Kunststücken anfängst!“ — Weinst du? sagte er und legte den Hammer dort aufs Stativ. Aber ich war, wie gesagt, weich geworden, und erlaubte ihm, ein paar Hände an einer Stelle anzunageln, wo der wilde Wein sie ein bißchen verdeckt. Man soll seine Macht ja auch nicht mißbrauchen. Nicht wahr?“

„Rein,“ sagte Frau van Haag und strich ihr über die Wangen.

Auf dem Heimwege hatte Frau van Haag endlich das Glück, Johan Fors allein und dazu in einer der kleinen Quer-gassen zu treffen, wo sie ungestört miteinander reden konnten. Sie stellte sich ihm in den Weg und sagte: „Sie sind es, der Geige spielt, nicht wahr?“

Johan runzelte die Stirn und sah sie von oben bis unten an. Da sie aber eine gebieterische, elegante Dame war, hielt er diese Anstrengung nicht lange aus, sondern sagte, oben-dreißig mit einem halben Lächeln: „Ein klein wenig — aber nur für mich.“

„Sie spielen eine Rhapsodie von Liszt — mit einem übermäßig langen chromatischen Lauf.“

Aber jetzt wurde Johan böse. Auch weil er nicht recht verstand, was sie sagte.

„Ich habe niemand gebeten, mein Spiel anzuhören, daß ich wüßte.“

„Sie müssen entschuldigen, ich verstehe wirklich nicht die Kunst, die Ohren zu schließen. Ich lag eines Abends wach. Vielleicht haben Sie Ihr Zimmer in der Nähe. Ich konnte es ganz deutlich durch meine Fenster hören.“

Johan dachte nicht darüber nach, wie sie wissen konnte, daß er es war, der gespielt hatte. Er war erleichtert, daß

sie glaubte, sein Zimmer sei in der Nähe, und sagte: „Man braucht sich ja nicht zu schämen, daß man spielt! Meine Musik kann sich schon hören lassen. Ich liebe es nur nicht, daß man belauert wird, aber . . .“

„Gewiß kann Ihre Musik sich hören lassen, aber der Schluß von der Rhapsodie war doch ganz verkehrt.“

„Da sind Frau van Haag aber böse hereingefallen.“

„Der war direkt falsch und abscheulich!“

„Wenn es der war, den ich meine, so habe ich ihn nämlich von der gnädigen Frau selbst gelernt, dann . . . ha ha. Ich dekoriere nämlich die Kirche, wie in der Zeitung gestanden hat, und da hörte ich Sie es spielen. Ich habe nicht gehört — durchaus nicht. Ich dekoriere, wie gesagt, die Kirche, und kam eines Tages hinnen herein, und die Fenster standen offen. . . . Aber wenn meiner verkehrt ist, dann war Ihrer es auch, denn ich habe ihn nicht anderswo gehört.“

„Wollen Sie mich beschuldigen, falsch zu spielen?“

„Das muß gleich sein für den einen wie für den anderen, denn die Stücke waren genau gleich. — Ja, das heißt, der Schluß gefiel mir nicht, und da machte ich einen anderen. Ich habe nicht wenig Stücke gemacht. Sogar ganz von einem Ende bis zum andern.“

„Und Sie verändern so ohne weiteres Liszt!“

„Das ist mir einerlei, wenn das Stück zusammenhanglos und häßlich ist.“

Frau van Haag sah einen Augenblick untersuchend auf Johan Fors. Das war ja ein furchtbar ungebildeter Bandit. Aber es lag etwas Ehrliches über seinen wohlgeformten, wenn auch roten, fleckigen Händen. Es ist ein ungewöhnlicher Wille in seinen blauen unerschütterlichen Augen. Rein, sie wollte Hedwigs Geliebten nicht um eines Formfehlers willen fallen lassen.

„Ich habe Sie eigentlich wegen einer bestimmten Sache angehalten. In kurzer Zeit kommt ein Mann, Professor Hans Juhl, hierher. Hätten Sie Lust, so könnte er Sie gleich auf das Konservatorium in Kopenhagen bringen, wenn Sie ihm bei mir vorspielen. Hans Juhl — Sie kennen den Namen vielleicht nicht?“

„Doch, ich kenne ihn gut aus der Zeitung.“

„Nun ja, wenn Sie also meinen — ja, ich kann natürlich nichts versprechen. Es wäre hübsch für Sie, wenn Sie etwas lernen könnten. Nicht wahr?“

„Rein — daraus mache ich mir nichts; aber ich will doch gern mit dem Professor sprechen.“

(Fortsetzung folgt.)

niedergelegt hatte — in Schöneberg war's ein Kranz mit schwarzweißer Schleife, niedergelegt von einer monarchistischen Organisation. Die Monarchisten werden es ganz in der Ordnung finden, daß ihre mit schwarzweißen Schleifen geschmückten Kränze von Posten bewacht werden. Was aber bekamen wir von ihnen zu hören, wenn zum Schluß eines mit schwarzrotgoldener Schleife geschmückten Kranzes ein Polizeiposten aufgestellt würde? Und wie hätten sie in den Zeiten ihrer schwarzweißen Monarchie geschrien, wenn sogar ein Kranz mit roter Schleife geschickt worden wäre?

Der Berliner Museumskrieg.

Der Prozeß auf unbestimmte Zeit vertagt.

Im Berliner Museumskriegsprozeß wegen Beleidigung des Ministerialrats Dr. Gall durch den Generaldirektor der Berliner Museen, Geheimrat v. Bode, wurde gestern nachmittags nach 1 Uhr die Verhandlung wieder aufgenommen. Der Gerichtsarzt, Geheimrat Medizinrat Professor Dr. Straßmann, berichtete über das Ergebnis seines Besuches am Krankenbett von v. Bode.

Nach telefonischer Rücksprache mit dem behandelnden Chirurgen Dr. Eschenbach habe er selbst auch festgestellt, daß v. Bode an Blinddarmentzündung erkrankt sei. Es handle sich also um eine lebensgefährliche Erkrankung, besonders angesichts des hohen Alters des Kranken. Ueber den Ausgang lasse sich noch nichts sagen, eine Operation war mit Rücksicht auf das hohe Alter bisher nicht vorgenommen worden. Möglicherweise wird sie aber nicht zu vermeiden sein, da sich anheben auch ein Abzehrungsgrad hat. Ueber den Gang der Krankheit läßt sich nur sagen, daß im günstigsten Falle mit einer Terminfähigkeit des Kranken vor Ablauf von sechs Wochen nicht zu rechnen sein wird. Eine Vernehmung in der Wohnung könnte vielleicht schon etwas früher stattfinden, einstweilen sei auch das ausgeschlossen. Auf eine Frage von Rechtsanwältin Iwan Goldschmid erklärte der Sachverständige, daß er zwar gehört habe, daß v. Bode an Trombose leide, und daß die Gefahr einer Embolie bestehe. Bei dem gegenwärtigen Zustand war eine Untersuchung hierüber nicht möglich. Schließlich verteilte die Verhandlung der Vertagung auf unbestimmte Zeit, da das Gericht zu der Überzeugung kam, daß die Vernehmung des als Zeuge geladenen und erkrankten Geheimen Rates Dr. Wilhelm von Bode unerlässlich sei.

Die städtischen Anleihen.

Der Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung nahm zu der seit längerer Zeit angekündigten 20-Millionen-Dollar-Anleihe der Städtischen Elektrizitätswerke A.-G. Stellung. Nach längerer Debatte wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem durch einen Zusatz Bohmann dem Aufsichtsrat der Elektrizitätswerke die Verpflichtung auferlegt worden war, die Einzelheiten der Anleihe, insbesondere die Kursfestsetzung für die Auszahlung im Einverständnis mit der Finanz- und Steuerdeputation festzusetzen. Weniger günstig war das Schicksal einer Magistratsvorlage über eine Inlandsanleihe der Straßenbahn auf 60 Millionen Mark. Die Beratung wurde schließlich nach längerer Debatte vertagt, weil der Ausschuss über die Verwendung dieser Gelder, die zum Teil für Straßenbahnzwecke, zum Teil für andere Verkehrszwecke verwendet werden sollen, noch nähere Auskunft haben wollte. Die Beratung über den Ankauf des Rittergutes Duppel mußte danach wegen der vorgerückten Stunde vertagt werden.

Der Schuß auf den Geliebten.

Der kurze Roman der 24jährigen Zeichnerin A. und des Müllers A. fand kürzlich seinen Abschluß vor dem Landgericht III. Schon einmal stand der Termin im Oktober vor dem Schöffengericht Charlottenburg an. Die Anklage lautete damals auf fahrlässige Körperverletzung. Das Gericht glaubte aber aus den Einzelheiten den Tatbestand des versuchten Mordes entnehmen zu müssen und leitete die Sache deshalb zum Landgericht. So stand nun die Mörderin, intelligent und streng sittlich erzogene Tochter aus „gutem Hause“ vor dem Richter. Das Verhängnis in ihrem Leben begann, als der Vater, ein jüdischer Kaufmann, der seine jüngste Tochter „unberührt“ nur dem von ihm selbstgewählten Verlobten übergeben wollte, sie eines späten Abends mit ihrem Freund in ihrem Zimmer überraschte. Beiden wurde das Haus verboten. Sie zog in eine Pension im Westen, in die Nähe des Geliebten, der bei seiner Mutter wohnte und im Lunapark spielte. Ihre Erparnisse waren bald zu Ende, ihre Bekleidung verkauft, aber Abiturientenzugang und Zeichentalent verhalfen ihr nicht zu einer Stellung; so war sie auf den Freund angewiesen. Mit ihrer Familie und ihrem früheren Bekanntenkreis hatte sie völlig gebrochen. Im Januar fand die Verlobung der beiden jungen Leute statt. Am 8. Juli fiel der Schuß auf den Geliebten. Den Anlaß dazu gab ein unbedeutendes Ereignis, das wenige Tage zurücklag. Sie hatte sich eines Abends vom Lunapark aus mit Erlaubnis ihres Bräutigams von einem Herrn nach Hause begleiten lassen, um sich wie gewöhnlich um 1/2 Uhr mit ihrem Verlobten vor ihrer Haustüre zu treffen. Als er sie zur verabredeten Zeit nicht vorfand, sie aber einige Minuten später am Arm des Herrn ankam, und ihm erklärte, daß sie ihren Begleiter schon lange Jahre kenne (was dieser verneinte), gab er ihr den Verlobungsring wieder. In den darauffolgenden Tagen verlegnete er sich hartnäckig beim Telefonanruf. Schließlich gelang es ihr, ihn dazu zu bewegen, sich wie früher mit ihr um 1/2 Uhr vor ihrer Haustüre zu treffen. Sie kam zur Verabredung in großer Erregung. Sie trug sich bereits tagelang mit Selbstmordgedanken. Vom Tisch ihrer Pensionswirtin nahm sie einen völlig veralteten Revolver mit, besorgte sich Munition dazu und irrte bis zur Zeit der Verabredung im Grunewald umher. Wie sie erklärte, konnte sie doch nicht den Mut finden, sich zu erschießen; sie hoffte immer noch auf einen günstigen Ausgang der Unterredung mit ihrem früheren Verlobten. Als er ihr aber im Hausflur sagte, daß alles erledigt sei, fiel der Schuß. Die Kugel war im Schilde des Müllers stecken geblieben, nach drei Wochen war er geheilt. Ob der Schuß noch böse Folgen haben wird, kann im Augenblick nicht gesagt werden. Medizinrat Dr. Leppmann bezeichnete die Angeklagte als einen insanierten Menschen. Der Staatsanwalt ließ die Anklage wegen Mordversuchs fallen und beantragte 4 Monate Gefängnis wegen fahrlässiger Körperverletzung. Rechtsanwältin Dr. Frey plädierte in seiner Verteidigungsrede für eine noch mildere Beurteilung des Falles. Das Gericht verurteilte die Angeklagte entsprechend dem Antrage des Staatsanwalts zu 4 Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist.

Schnellbahnlinie Alexanderplatz—Lichtenberg.

Das Schnellbahnprojekt Alexanderplatz—Lichtenberg nähert sich jetzt seiner Verwirklichung. Wie bekannt, wird der Stadtverordnetenversammlung in Kürze vom Magistrat eine Vorlage unterbreitet werden, in der um die Zustimmung zur Inangriffnahme der Bauarbeiten und um die Bewilligung der erforderlichen Mittel ersucht werden wird. Es ist damit zu rechnen, daß der Bau der Strecke im Frühjahr in Angriff genommen werden kann. Die geplante Strecke führt im Zuge der Frankfurter Allee über die Landsberger Straße zum Alexanderplatz, wo sie in den Untergrundbahnhof Alexanderplatz einmündet.

Ein falscher Eisenbahner.

Seit längerer Zeit wurden die Postbezüge in den Abteilen zweiter Klasse auf der Vorkriegsstrecke Potsdam—Erfurt herausgeschmissen und gestohlen. Alle Bemühungen der Eisenbahnüberwachungsstelle, den Dieb zu ermitteln, blieben erfolglos. Bald nach diesen Diebstählen wurden auf der gleichen Strecke Verhaftungen von Gepäckdieben festgestellt. Wertvolles Gepäck wurde hauptsächlich beim Umhängen der Züge auf dem Bahnhof Grunewald gestohlen. Es fiel den Überwachungsbeamten auf, daß ein Mann im Eisenbahnermantel mit Dienstmütze die

Strecken sehr häufig mit einer Monatskarte besetzt. Ein Eisenbahnüberwachungsbeamter beobachtete diesen Mann wieder am 22. Oktober dieses Jahres auf derselben Strecke. In Romowes trat der Beamte zu ihm ins Wort und rief: „Hände hoch! Sie sind verhaftet!“ Aus dem vermeintlichen Eisenbahner entpuppte sich ein bereits jedesmal wegen Diebstahls, Sachbeschädigung und unerlaubten Waffentragens vorbestrafter Verbrecher namens Bruno Greulich aus der Gubener Straße 23 in Berlin. Die Hausdurchsuchung förderte ein ansehnliches Warenlager von gestohlenem Gepäckgut zutage. Bettbezüge, Handtücher, Wandsticker und Lebensmittel wurden vorgefunden. 18 Paar Stiefel hatte Greulich bei Straßenbahnarbeitern umgeholt. Wegen Rückfalldiebstahls vor dem Potsdamer Schöffengericht angeklagt, gab der Angeklagte zu, daß es ihm ein leichtes gewesen sei, in Uniform die Diebstähle auszuführen. Wenn ihm die Überwachungsbeamten zu sehr auf den Leib rückten, verließ er harmlos den Zug und stieg in den nächsten ein. So ging das wochenlang, und dabei geriet das Begleitpersonal des Zuges in schweren Verdacht, die Diebstähle ausgeführt zu haben. Der medizinische Sachverständige bezeichnete den Angeklagten als geistig minderwertig. Das Schöffengericht billigte mildere Umstände zu und erkannte auf eine Strafe von zwei Jahren Gefängnis. Bewährungsfrist wurde abgelehnt, ebenso der Antrag auf Haftentlassung.

Vorverfahren gegen Gattenmörder Borchardt.

Eine Affektthat?

Der Gattenmörder Borchardt, der, wie erinnerlich, seine Gattin in der Wohnung seines Freundes Berndt überfallen und niedergeschossen hat, ist jetzt dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden, und es wird von diesem nach beendeter Vernehmung entschieden werden, ob gegen Borchardt ein Haftbefehl zu erlassen ist. Die Tat stellt sich als eine Affektthat dar. In der Dessenfestsitzung hat es Erklaunen erregt, daß Borchardt trotz eines gegen ihn schwebenden Verfahrens wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang auf freiem Fuße war, zumal er bereits auch im Januar einen Herrn Lüders tödlich verletzt hatte. In Wirklichkeit erscheint die Freiheitslösung nicht ersichtlich. Borchardt war nämlich im Laufe des bereits schwebenden Verfahrens auf Antrag seines Verteidigers auf seinen Geisteszustand längere Zeit beobachtet worden. Diese Untersuchung führte zu dem Ergebnis, daß Borchardt, der aus einer guten Familie stammt (sein Vater war Direktor einer kleineren Bank) ein rather Trinker ist. Er war mit jungen Jahren dem Elternhause entflohen, wurde im Kriege verschüttet und erlitt bei einer Schlägel eine schwere Gehirnerschütterung. Im gewöhnlichen Leben soll er ein äußerst ruhiger Mensch sein, mit dem leicht auszukommen ist. Sobald er jedoch unter dem Einfluß von Alkohol steht, ist er unberechenbar. Seine Frau hatte er erst vor einiger Zeit geheiratet und hing sehr an ihr. Wenn es auf der einen Seite fraglich erscheint, ob Borchardt für seine Gewalttätigkeiten nicht strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können, so wird andererseits ernstlich zu erwägen sein, ob die Allgemeinheit durch die Internierung des gemeingefährlichen Geisteskranken vor weiteren gewalttätigen Ausschreitungen geschützt werden muß. Die Verteidigung Borchardts führen die Rechtsanwälte Dr. Diamant und Dr. Frey.

Der Tod auf den Schienen.

Ein folgenschwerer Unfall trug sich gestern nachmittags auf dem Potsdamer Güterbahnhof zu. Beim Rangieren wurde der Arbeiter Julius Dendorf aus der Rikolaikirchstraße 9 von einem abgestoßenen Güterwagen erfasst und überfahren. D. wurde auf der Stelle getötet. Die Schuld soll den Verunfallten selbst treffen. Die Leiche wurde in das Schauhaus gebracht. — Einen entsetzlichen Tod fand gestern Abend kurz vor 1/2 Uhr ein etwa fünfzigjähriger Mann, dessen Verhältnisse noch unbekannt sind. An der Ecke Haupt- und Tempelhofer Straße zu Schöneberg wollte er den Fahrdamm überschreiten und überließ, da ihm die Sicht durch einen Straßenbahnwagen genommen wurde, einen aus entgegengekehrter Richtung kommenden Straßenbahnzug der Linie 61. Der Mann fiel in den Anhänger hinein, dessen Räder über ihn hinwegrollten und beide Beine vom Kumpf trennten; der Brustkorb wurde ihm eingedrückt. Mit Hilfe des Publikums wurde der Wagen gehoben, und der Schwerverletzte aus seiner qualvollen Lage befreit. Man schaffte ihn im bewußtlosen Zustand in das St.-Norbert-Krankenhaus, wo er gleich nach der Einlieferung starb.

„Wertkreude“-Spielzeug.

In den „Wertkreude“-Bücherstuben in der Rurikstraße hat man mit Rücksicht auf Weihnachten das Spielzeug-Ausstellung einen breiteren Rahmen als sonst eingeräumt. Da gibt es hundertlei Dinge, die nicht nur Kinderaugen erfreuen können, sondern mit denen Kinderhände auch etwas anzufangen wissen. Und das ist das Schöne an diesen Spielsachen, daß sie im Kinde die Lust wachrufen, etwas damit, daraus herzustellen. Durch ihr wertvolles betriebenes Hochspielzeug, das den Kleinen nur gefährlich werden kann und außerdem durch seine ewig gleichbleibende Form geradezu zur Zerstörung, zur Veränderung reizt, ist hier völlig unbekannt. Dafür gibt es das reizende „Wertkreude-Schiff“, das sich aus farbigen Holzstäben in den verschiedensten Formen zusammensetzen läßt; Tiere in naiver Einfachheit, die den Kindern die charakteristischen Linien einer Bewegung lebendig wiedergeben, werden von den Allerfeinsten allerdings am liebsten als Bauklötze verwendet. Ueberhaupt zeigte dieser Spielmittelpunkt, den die „Wertkreude“-Bücherstuben verankert hatten, daß die Phantasie eines Kindes viel größer ist, als Erwachsene sich vorstellen können. Man ahnt nicht, was halbwüchsige Jungen aus Holzbaustoffen alles hervorbringen können, Schwungräder, Hammerwerke, Ställe;

Funkwinkel.

„Der Widerspenstigen Zähmung“ blieb die einzige vollendete Oper von Roman Götz, der am 3. Dezember 1876 als noch nicht ganz Sechszwanzigjähriger starb. Daß der Rundfunk sie zum Gedächtnis des fünfzigsten Todestages des Komponisten ausführe, war eine Ehrenpflicht. Aber es verdient Befall, daß er sich dieser Pflicht in so schöner Form entledigte. Mit Selmar Wentowich stand ein Dirigent am Pult der Sendebühne, der für diesen Aufseher des Opernrepertoires Liebe und Verständnis mitbrachte. Die Oper hat es verdient. Sie ist gewiß kein vollkommenes Werk, aber im musikalischen Aufbau, in der Dramatik der Musik spürt man den begabten, hoffnungsvollen Bühnenkomponisten. Der zweite Akt der Oper, der alle Elemente der weiteren Entwicklung enthält, ist ein Meisterwerk musikalischer Diktion. Die Personen sind hier nicht nur charakteristisch gegeneinander gestellt, sondern ihre Aufgabe im Gang der Oper wird bereits unumkehrbar festgelegt. Von der Stelle, wo der Vater ängstlich und zögernd dem Freier gesteht, daß er ihm nicht zuwinken kann, das jänische Mädchen zu heiraten, bis zu der Verlobung am Schluß des Aktes hat man in knapper Form eine musikalische Inhaltsangabe der ganzen Oper. Die Besetzung der Rollen war nicht ganz so glücklich wie die des Dirigenten. Cornells Bronspest hatte abgelegt; ihn vertroz Arthur Fischer als Petruccio, stimmlich gut, musikalisch nicht ganz sicher. Emmy Bettendorff sang das Mädchen sehr hübsch, aber man glaubt ihr das gehörigste lebende Weib viel leichter als die böse, trostlose Landtipe, die ihrer Art so ganz fern liegt. Rändl als Vater Petrucios, im übrigen recht wirkungsvoll, gefiel sich bisweilen darin, allzu sehr zu korrigieren. Auf der Bühne mag das weniger auffallen, im Rundfunk, der alle Sinne zugunsten des Gehörs ausschaltet, ist man empfindlicher. Eduard Habisch, Karl Böken, Eise Knepel waren gute Vertreter ihrer Rollen.

und ohne Werkzeug kann man das alles wieder auseinandernehmen, um neues aus dem Material herzustellen. So kann ein verhältnismäßig bescheidener Kasten mit Material zum Bauen, zum Basteln oder zum Aneten für ein Kind eine viel reichere Gabe sein, als das prunkvollste tote „Spielzeug“.

Die Schwarzrotgoldene Post.

Die als Protest gegen die Fredericus-Briefmarke gedachte Unterlebensmarke in Schwarzrotgold, die dem Monarchenkopf eine republikanische Umrahmung gibt, wird von der Postverwaltung für ungesetzlich erklärt. Briefe, die den Fredericus in schwarzrotgoldener Fassung zeigen, können von der Beförderung ausgeschlossen werden, behauptet die Postverwaltung. Die Meldung, daß derartige schon gefasste Briefe, wird uns auch von einem Freund unseres Blattes bestätigt. Zwar hat man einen Brief, den er mit dem Schwarzrotgold umrahmten Fredericus von Berlin nach außerhalb schickte, und einen anderen, den er in derselben Aufmachung nach Amerika gehen ließ, ohne Beanstandung weiterbefördert. Beide Briefe waren auf dem Postamt Berlin O. 17 ausgegeben worden. Als unser Freund aber vor einigen Tagen einen Brief, den er wieder mit der schwarzrotgoldenen Unterlebensmarke geschmückt hatte, dem Postamt 51 übergab, erhielt er ihn am nächsten Tage, vom Postamt 17 abgestempelt zurück mit dem Vermerk: „Unzulässig — zu rück.“ Warum diese Marken bald so, bald anders behandelt werden, ist ihm rätselhaft. Seine Verwunderung wird vielleicht noch wachsen, wenn er jetzt durch uns erfährt, daß sein an die Redaktion des „Vorwärts“ gerichteter Brief den er mit einer Schillermarke zu 5 Pf. und der schwarzrotgoldenen Umrahmung beilegte, unbeantwortet geblieben und ausgehändigt worden ist. Wenn so die Post selber zeigt, daß sie das Schwarzrotgold ertragen kann, sollte sie schleunigst ihren anfänglichen Widerstand aufgeben, damit sie nicht länger sich lächerlich macht.

Legitimationskarten für Gewerbetreibende.

Der Polizeipräsident teilt mit: Diejenigen Gewerbetreibenden, die in Berlin eine gewerbliche Niederlassung haben und im Jahre 1927 selbst oder durch in ihrem Dienste stehende Reisende für die Zwecke ihres Gewerbebetriebes Waren aufkaufen oder Bestellungen auf Waren suchen wollen, werden aufgefordert, die erforderlichen Legitimationskarten für das kommende Jahr baldigst zu beantragen, da bei der großen Anzahl der eingehenden Anträge die rechtzeitige Ausstellung der Karten sonst nicht gesichert ist. Den Anträgen sind unausgefüllte Lichtbilder der Karteninhaber in einer Kopfgöße von mindestens 1,5 Zentimeter beizufügen. Der vom Antragsteller auszufertigende Antragsdruck ist zur Beglaubigung der Personenschilderung und des Lichtbildes zunächst bei dem Polizeirevier vorzuliegen, in dem der Reisende wohnt. Hierauf ist der Bordruck dem Polizeirevier einzureichen, in dem die Firma ihren Sitz hat. Die Bordrucke sind bei dem Polizeirevier käuflich zu haben.

Um die Internationale Ausstellung.

Die Würtische Arbeitsgemeinschaft der Freien Deutschen Akademie des Städtebaues läßt alle beteiligten Behörden und Verbände zu einer Besprechung der Frage einer großen Internationalen Ausstellung in Berlin ein. Das Hauptreferat hat Professor Bruno Höhring übernommen, der durch seine Arbeiten auf den Weltausstellungen von Paris, St. Louis, Mailand und Buenos Aires über eine reiche Erfahrung verfügt. Die Sitzung findet am 14. Dezember d. J. 4 1/2 Uhr nachmittags, im Vordrucksaal des Landeshauses der Provinz Brandenburg, Rathhausstraße 20/21, statt. Einladungen können von der Geschäftsstelle der Akademie, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 48, bezogen werden.

Neuerung beim Einwohner-Meldeamt.

Für das Einwohner-Meldeamt des Polizeipräsidiums Berlin ist beim Potsdamer Berlin unter Nr. 89 877 ein Postfachkonto errichtet worden. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, die Fahrt zum Einwohner-Meldeamt und das unermessliche Wortes bei der Abfertigung sich zu ersparen. Die Wohnungsanfrage kann auf die Rückseite des Zahlkartenabschnittes geschrieben werden und wird vom Einwohner-Meldeamt umgehend beantwortet. Bei sämtlichen Polizeireviere werden in nächster Zeit vorgebrachte Zahlkarten zur Benutzung durch das Postfach zu haben sein. Die mit der Zahlkarte eingehende Auskunftsgebühr beträgt 0,50 M., zu der noch die Vortagegebühr für Ueberlieferung der Antwort hinzukommt, und zwar im Bereich des Ortspolizeibezirkes Berlin 0,05 M., nach auswärts 0,10 M.

Weihnachtsausstellung in Charlottenburg.

Im großen Festsaal des Charlottenburger Rathauses wurde dieser Tage mit einem kleinen Feststoß die vom Jugendamt veranstaltete Weihnachtsausstellung eröffnet. Ein Chor von Gemeindefachkindern sang Lieder, Tanzdarbietungen, Jugendliteratur und eine Ansprache des Bürgermeisters Kugler in folgte. Ein Rundgang durch die Ausstellung ließ eine sorgfältige Auswahl der ausgestellten Bücher durch die Jugendliteratur-Vereinigung des Charlottenburger Lehrervereins erkennen. Einige Firmen zeigen schöne Wandschmuck in Originalbildern und guten Kopien. Lobenswert sind die ausgestellten Zeichenarbeiten einiger Jugendliteratur. Spielzeug in neuartiger, pädagogisch einwandfreier Anfertigung und die Sonderausgabe eines Sportartikelfachschriftenverzeichnisses die Ausstellung. Die Besuchen für Schulkinder waren bald ständig besetzt. Die Veranstaltung ist bis einschließlich 5. Dezember täglich von 11 bis 7 Uhr geöffnet, der Eintritt ist frei. In allen Abteilungen findet ein Verkauf statt.

Eine Jugendbuch- und Kunstausstellung veranstaltet das Jugendamt Kreuzberg vom 28. November bis 5. Dezember im Festsaal des Landeshausbauers Kreuzberg, Am Urban 10/12. Die Ausstellung ist täglich von 10 bis 8 Uhr geöffnet. Eintritt frei. Am Sonntag, den 28. November, 11 Uhr, findet die Eröffnung der Ausstellung statt.

Das Jugendamt Mitte veranstaltet in der Zeit vom Sonntag, den 28. November 1926 bis einschließlich Sonntag, den 5. Dezember 1926, in der Villa Gartenstr. 107a (Polstergäßchen), eine reichhaltige Weihnachtsausstellung, die an den Wochentagen nachmittags von 5 bis abends 9 Uhr und an den Sonntagen von 2 Uhr nachm. bis 8 Uhr abends geöffnet ist.

Die Deutsche Gartenstadt-Gesellschaft e. V. erläßt die Einladung zu ihrer Generalversammlung für Sonnabend, den 4. Dezember, im „Reiterhof“, Köthener Straße 38. Nach dem geschäftlichen Teil werden zum Thema „Das Ergebnis der internationalen Tagung in Wien“ folgende Vorträge gehalten werden: Stadtbaurat Dr. Berg-Breslau: Das Rechtsempfinden und die Bodenfrage; Regierungs- und Baurat Dr.-Ing. Serini-Rürnberg: Warum so wenig Einfamilienhäuser?; Dr.-Ing. Grieben-Berlin: Der Städtebau — eine Wissenschaft oder eine Kunst?; Oberbaurat Dr.-Ing. Heilgenthal-Berlin: Satelliten und Parastädte; Oberbaurat Koeppen-Berlin: Landbedarf für Flachbaustädte; Regierungsbauinspektor Niemeier-Oppeln: Boden, Flachbau und Umsiedlung im Osten (mit Lichtbildern); Regierungsrat Otto Kirsch-Berlin: Die Notwendigkeit der Schaffung von Dauerwohnstätten im Wohnungswesen; Stadtbaurat Dr.-Ing. Wagner-Berlin: Wege zur Gartenstadt; Dr. de Lappart-Berlin: Die staatsbürgerlichen, sozialen und kulturellen Gründe für die Dezentralisation und Gartenstadtbewegung; Oberrecht Rügge-Borppe: Und der Bodenertrag? (mit Vorführung eines Films).

Zustellung der Steuerarten für 1927. Die Steuerarten für 1927 sollen allen Arbeitnehmern Berlins, die ihre Wohnung seit dem 10. Oktober d. J. nicht gewechselt haben, Anfang Dezember zugestellt werden. Arbeitnehmer, die nach dem 10. Oktober d. J. innerhalb Groß-Berlins gezogen sind, müssen ihre Steuerarten von

dem Bezirkssteueramt abholen, in dessen Bezirk sie sich bei der Personalforschung abholte am 10. Oktober d. J. in die Haushaltungskasse eingetragen haben, oder bei diesem Steueramt die Uebernahme durch die Post beantragen. In solchen Anträgen ist die Wohnung am 10. Oktober d. J. und die jetzige Wohnung anzugeben, ebenso ist Rückporto beizufügen. Den nach dem 10. Oktober d. J. aus anderen Orten des Deutschen Reiches zugezogenen Arbeitnehmern wird dringend geraten, sich die Steuerkarte von der Gemeinde nachsenden zu lassen, in deren Bezirk sie an diesem Tage gemohnt haben. Vorhandene zum Einkommen von Einkommenssteuerarten werden bei sämtlichen Finanzämtern, Postämtern und den städtischen Ortsdienststellen der Außenbezirke vorrätig gehalten; bei letzteren aber nur dann, wenn kein Finanzamt an diesem Orte seinen Sitz hat.

Kreisversammlung Tiergarten.

In der Kreisversammlung Tiergarten, die in den Armutschulen in der Bremer Straße stattfand, sprach die Genossin Wurm über die Stellungnahme der Partei zur Großen Koalition. Die Referentin äußerte gegen einen Eintritt der Partei in die gegenwärtige Reichsregierung die schwersten Bedenken. Mit Männern wie Müller, dem Vater von Schumy und Schund, Gehler, dem Beschützer aller Illegalitäten in der Reichswehr, und Brauns, der die berechtigten Forderungen der Gewerkschaften in der Frage des Arbeitszeitgesetzes bekämpfte, sei ein Zusammengehen in der Regierung für die Sozialdemokratie schlechterdings unmöglich, und solange das Zentrum kulturpolitisch so stark reaktionär bleibe, wie bisher, wäre auch mit ihm ein Zusammenarbeiten fast undenkbar. Der Einfluss der christlichen und hirsche-Dundorfschen Gewerkschaftsführer auf ihre Parteien — Zentrum und Demokraten — sei tatsächlich gleich null. Wir mühten uns den Irrtümern des Jahres 1923 lernen. Wenn man auf Preußen hinwies — und sie selbst schäme die Arbeit der Genossen Braun und Severing sehr hoch ein —, so dürfe man doch nicht vergessen, daß das Schwergewicht Preußens in der Verwaltung, das das Reich aber in der Befehlsgewalt liege. Gewiß könne eine Koalition an sich unter Umständen faktisch geboten erscheinen, aber nur, wenn die Partei dadurch einen Zuwachs und keine Minderung ihrer Klassenmacht erfahre. Sei die Partei in einer Koalitionsregierung nicht durch eine starke Anzahl energischer Minister vertreten, so solle sie lieber verzichten. Man dürfe die schönen Erfolge der Werbeweche nicht aufs Spiel setzen. Das Vertrauen der Massen zu gewinnen und zu erhalten, das sei das Wichtigste. (Lebhafte Beifall)

In einer sehr anregenden Diskussion kamen Gegner und Anhänger der Großen Koalition zu Wort. Schließlich wurde gegen drei Stimmen eine Resolution beschlossen, die besagt, daß die Kreisversammlung des Kreises Tiergarten im Augenblick im Hinblick auf das arbeitserfeindliche und reaktionäre Verhalten der Regierungsparteien in den Fragen des Arbeitszeitgesetzes, der Sozialversicherung, des Schmutz- und Schundgesetzes und im Hinblick auf die Zustände in der Reichswehr eine Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung für eine schwere Schädigung der Arbeiterinteressen halte. Sie ersucht den Parteivorstand und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, keine Schritte zur Bildung der Großen Koalition zu unternehmen, da dadurch das Vertrauen der Massen zu der Partei aufs schwerste erschüttert würde. Die Versammlung verlangt, daß auch mit der stillen Koalition gebrochen wird und die Partei in Opposition tritt.

Volksvorstellungen für Kinderbewohnte in der Städtischen Oper. Die nächste Vorstellung findet am Sonntag, den 19. Dezember 1926, nachmittags 3 Uhr, statt, und zwar wird die Oper „Rigoletto“ (Verdi) gegeben. Berechtigungskarten hierfür zum Preise von 1,50 R. pro Stück einschließlich Garderobe und Programms sind bei den Bezirkspostämtern und deren Verkaufsstellen zu haben. Die Bezirksämter sind angewiesen worden, mit Rücksicht auf die große Nachfrage nur an wirklich Kinderbewohnte Karten auszugeben. Die Kartenarten werden vor Beginn der Vorstellung im Theater verlost. Als weitere Volksvorstellung ist für Sonnabend, den 15. Januar 1927, abends 7 1/2 Uhr, „Margarete“ (Gounod) in Aussicht genommen. Näheres wird noch bekanntgegeben werden.

„Von Stufe zu Stufe“ im Rose-Theater. Das ganze war ein böser Traum — allerdings auch für die Zuschauer. Die kleine Puppenspielerin — eine Bohème von Berlin R. — mit dem leidenschaftlichen Wahnwitz träumt einen Siegeszug hinaus zur Grafenmairie mit eigenem Rappenspann, und da geht's hernach im Eiltempo alle Geldstationen durch, bis zum feuchten Wassertröpfchen. Früher schrieb man wohl so und wer's zu lesen oder zu sehen triegte, der ward tiefinnerst leidenschaftlich. Heute zieht so was doch nicht mehr recht, und wenn man das Experiment trotzdem macht, dann muß doch Rücksicht wenigstens durch die Darstellung ein wenig auf Wirklichkeit frisiert werden. Aber dem war leider nicht so. Die Heldin verfiel ausschließlich über Schreitöne, der biedere, verarmte Bräutigam war etwas allzu rauh und ungeschicklich. Das übrige Ensemble vertrat das feste Element in Form von Zuchthausgepöhlern und elektrischen Kunstgrößen und machte den dazugehörigen Kram aus vollster Kehle. Das Publikum reagierte überhaupt nicht und das ist immerhin kein schlechtes Zeichen.

Apollo-Theater. Im Mittelpunkt dieses Dezemberprogramms steht Horace Goldin, der sich der „große Musikant der Welt“ nennt. Fünfzig Tricks in fünfzig Minuten und mehr kann der Mensch schließlich nicht verlangen. Goldin macht natürlich alles das, was andere Leute nicht können. Er zeigte den berühmten Trick, das Zerlegen einer Dame, die in einer Kiste eingeschlossen ist. Er zeigt eine orientalische Hinrichtung, läßt Personen verschwinden und an unerwarteter Stelle wieder erscheinen und stellt ganze Wissenschaften auf den Kopf. Er bedarf natürlich dazu einer Apparatur, die eine Wissenschaft für sich darstellt und unter Patent-schutz sorgsam gehütet wird. Sonst bringt das Programm den komischen Sportakt der zwei Stuaris, eine brillante in Szene gesetzte Nummer, die immer ihren Beifall findet. Die übrige Zeit wird mehr oder weniger unterhaltsam bestritten durch eine Reihe von Nummern, die im Kabarett besser wirken würden.

Genossin Harrer Bleier spricht am Sonntag, den 5. Dezember, morgens 10 Uhr, im Rahmen einer religiösen Feierstunde in der Trinitatiskirche, Charlottenburg, Karl-August-Platz, über das Thema: „Kommt das Reich Gottes?“ — Die Weihnachtsfeier der „Vereinigung der Freunde von Religion und Volkswirtschaft“ findet am Sonntag, den 13. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Juchin-Schmidt-Schule, Charlottenburg, Engelstraße 2, statt.

Genossin Helph Hoffmann spricht am Montag, 13. Dezember, 8 Uhr, über „Fundament und Bau der deutschen Republik“ im großen Saal des „Alten Kammersaal“ in der Ullrichstraße 11, auf Einladung der „Republikanischen Arbeitervereine“. Parteigenossen, erscheinen zahlreich zu dieser Veranstaltung. Eintritt frei.

Bezirksbildungsamt Groß-Berlin. Am Sonntag, den 5. Dezember, nachmittags 3 Uhr, findet im städtischen Schiller-Theater Charlottenburg eine Aufführung „Mama von Danneberg“ statt. Vorarbeiten zum Preise von 1 R. einschließlich Garderobe und Theatergeld sind zu haben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof 2 Tr., Zimmer 8.

Hundetötungen in Nordböhmen.

Man schreibt uns aus Nordböhmen: Noch ist es unvergessen, daß auf eine geradezu barbarische Weise im Jahre 1926 die Stadt Budweis einen behördlich befohlenen Rajemord durchführte. Wegen einer tollen Raue mußten alle Katzen in bestimmten Gemeinden bzw. Gemeindeflecken getötet werden. Nun scheint der Rajemord Schule machen zu wollen, denn aus der Stadt Leitmeritz wird von dieser Woche von einem noch weit unmöglicheren Hundemorden berichtet. In Pístian bei Leitmeritz war kürzlich ein mutverdächtiger Hund verflügt worden. Die politische Bezirksverwaltung von Leitmeritz hat nun anbefohlen, daß in den Gemeinden Pístian und Rzepniz alle Hunde sofort getötet werden müßten. Auch Groß-Itzernowetz sollte alle Hunde verlieren, doch soll hier erst nochmals eine Untersuchung stattfinden. Der Rajemord von Leitmeritz nahm mit zwei Hentersnechten die Tötung der treuen Hausgenossen vor. Es gab geradezu öffentlichen Aufruhr, als die Leute selbst am Sonntag die Hunde aus den Häusern holten und einfach niedermachten. Die Szenen der alten Leute und Kinder beim Abschiede waren unbeschreiblich.

Ein Fährschiff gerammt. Bei Antwerpen wurde ein Scheldeschiff, das 300 Passagiere an Bord hatte, von einem Schlepper gerammt, wodurch das Fährschiff leck wurde. Unter den Passagieren entstand eine unbeschreibliche Panik und ein wilder Kampf um die Rettungsringe. Es gelang, die Passagiere mit Rettungsbooten an Land zu bringen. Opfer sind nicht zu beklagen.

Eine Familie durch Typhus dahingeraht. In dem Dorfe Schöneck bei Brüm (Rheinprovinz) wurde die Familie eines Postmeisters durch Typhuserkrankung fast vollständig ausgerottet. Innerhalb kurzer Zeit starben nacheinander der Postmeister, seine Frau sowie deren Mutter und acht Tage später die beiden im blühenden Alter stehenden Töchter. Der einzige Ueberlebende der Familie ist ein Sohn.

Unglück am Bärenzwinger. Im Zoologischen Garten von Stockholm biß ein Bär dem fünfjährigen Töchterchen des bekannten Sängers Forsell die Hand ab, als die Kleine ein Stück Brot durch den Zwinger reichen wollte. Als das Kindermädchen und ein Wärter zu Hilfe kamen, war das Unglück bereits geschehen.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Zusammenkunft der Jugendbeiräte, Referenten und Altesten Mitarbeiter heute 7 1/2 Uhr im Jugendheim Lindenstr. 3, II. Hof III Tr. Referent des Genossen Dr. Bernfeld über die Gewinnung und Erziehung des proletarischen Jugendlichen.

Auf der Parteikonferenz im Jugendheim Lindenstr. 3, II. Hof III Tr. am Sonntag, den 12. Dezember, abends 7 1/2 Uhr. Referent des Genossen Dr. Bernfeld über die Gewinnung und Erziehung des proletarischen Jugendlichen.

Bildungskurse:
Referent des Genossen Dr. Bernfeld über die Gewinnung und Erziehung des proletarischen Jugendlichen.
Referent des Genossen Dr. Bernfeld über die Gewinnung und Erziehung des proletarischen Jugendlichen.

Morgen, Sonntag, 5. Dezember
Referent des Genossen Dr. Bernfeld über die Gewinnung und Erziehung des proletarischen Jugendlichen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.
Referent des Genossen Dr. Bernfeld über die Gewinnung und Erziehung des proletarischen Jugendlichen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Referent des Genossen Dr. Bernfeld über die Gewinnung und Erziehung des proletarischen Jugendlichen.

Verband Christlicher Arbeiter. Versammlung Dienstag, 7. Dezember, 8 Uhr, im Restaurant „Gartenhaus“, Berlin, Zehlenerstr. 6 (oberer Teil). Tagesordnung u. a.: Die Bedeutung im Reichsausschuss des Reichstages und der Reichsbanner.

Verband sozialistischer Arbeiter. Versammlung Dienstag, 7. Dezember, 8 Uhr, im Restaurant „Gartenhaus“, Berlin, Zehlenerstr. 6 (oberer Teil). Tagesordnung u. a.: Die Bedeutung im Reichsausschuss des Reichstages und der Reichsbanner.

Verband sozialistischer Arbeiter. Versammlung Dienstag, 7. Dezember, 8 Uhr, im Restaurant „Gartenhaus“, Berlin, Zehlenerstr. 6 (oberer Teil). Tagesordnung u. a.: Die Bedeutung im Reichsausschuss des Reichstages und der Reichsbanner.

Verband sozialistischer Arbeiter. Versammlung Dienstag, 7. Dezember, 8 Uhr, im Restaurant „Gartenhaus“, Berlin, Zehlenerstr. 6 (oberer Teil). Tagesordnung u. a.: Die Bedeutung im Reichsausschuss des Reichstages und der Reichsbanner.

Das fragwürdige Ehrengericht.

Arztfragen vor dem Landtag.

Der Preussische Landtag nahm in seiner Freitagssitzung zunächst einen Gesetzentwurf zur Vordering der Rotlage der rheinischen Notare an. Bei der darauf folgenden zweiten Lesung des Arztfamerngesetzes erklärten die Abgg. Dr. Böhm (D. Rp.) und Quaei. Faslem (Dnat.) ihre Zustimmung zu dem Gesetzentwurf. Wenn aber eine der großen Regierungsparteien, nämlich die Sozialdemokratie, dagegen Stimme, läßt sie keine Verantwortung, der Regierung die Vorlage zu retten.

Abg. Leinert (Soz.): Die sozialdemokratische Fraktion wird ihre endgültige Stellungnahme zu der Vorlage rechtzeitig vor der dritten Lesung beschließen, und in der Schlussabstimmung werden ja dann die Rechtsparteien sehen, wie wir stimmen. Wir haben jedenfalls keine Verantwortung, den Herren vorher darüber Auskunft zu geben. — Der Gesetzentwurf wird in zweiter Lesung angenommen. Dabei wird in namentlicher Abstimmung mit 163 gegen 119 Stimmen die Verhältniswahl zu den Ärztekammern aufrecht erhalten, während die besondere Ärztekammer für Oberschlesien mit 138 gegen 126 Stimmen abgelehnt wird.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die ärztlichen Ehrengerichte. Hierzu spricht u. a.

Abg. Frau Kunert (Soz.):

Wir sind grundsätzlich gegen die Institutionen zur Aufrechterhaltung einer behördlich patentierten Standesehre. Die vorliegenden drei Entschreibungen der ärztlichen Ehrengerichte über den Begriff der Standesunwürdigkeit bieten ein geradezu groteskes Schauspiel. Standesunwürdig sind zu große Schäden, zu viele Schäden, Schäden, die zu weit vom Hauszugang entfernt sind, zu häufige Zeitungszettelungen, zu niedrige Behandlungshonorare, Mitarbeit an Zeitschriften der Naturheilvereinigung usw. Standesunwürdig sind aber auch ganz intime Angelegenheiten, zurückgegangene Verlobungen und nicht eingetragene Heiratversprechen. Als standesunwürdig gilt besonders die Nichtteilnahme am Arztestreit, was so konstruiert wird, daß man für die Teilnahme der Ärzte das Ehrenwort abnimmt. So ist als standesunwürdig verurteilt worden eine Ärztin, die während eines Arztestreits ihre leidenden Patienten ungenügend weiterbehandelt hat, weil diese zu arm waren, einen Privatarzt zu konsultieren. (Hört, hört!) Hingegen haben noch niemals die ärztlichen Ehrengerichte einen Arzt zur Verantwortung gezogen, der während eines Streiks gebärende Frauen oder anderen schwerkranken Patienten die Hilfe verweigert hat. Politische Handlungen „als solche“ sollen zwar nicht Gegenstand ehrengerichtlicher Verfahren sein, tatsächlich aber werden alle politisch oder wissenschaftlich ungenügenden Ärzte doch ehrengerichtlich schikaniert. Das Gesetz über die ärztlichen Ehrengerichte öffnet dem Mißbrauch Tür und Tor und bedroht darüber die geistige Freiheit der Ärzteschaft. Wir Sozialdemokraten wollen die Effizienz des Arztes so sichergestellt sehen, daß er mit gleicher Treue Reichen und Armen dienen kann. Von allen Zufällen der Erwerbslosigkeit befreit, soll er Arbeit und Kunst der leidenden Menschheit widmen. Nur der antisoziale Arzt ist ein Klassenfeind der Arbeiterklasse. Der Arzt, der seinen Beruf humanitär befreit, wird einen besonderen Ehrentitel brauchen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Das Haus vertagt sich auf Sonnabend 11 Uhr: Volksparteiliche Interpellation über den Schulfreist in Dortmund-Land gegen den sozialdemokratischen Kreisfunktionsleiter Kischalle.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- Einrichtungen für diese Rubrik sind: Berlin SW 68, Lindenstr. 3, II. Hof III Tr., Zimmer 8.
- 7. Kreis Charlottenburg und Spandau. Bericht des Kreisfunktionsleiters über die Arbeit der Kreisfunktionsleiter im Jugendheim Lindenstr. 3, II. Hof III Tr., abends 7 1/2 Uhr.
 - 15. Kreis Köpenick. Am Sonntag, 5. Dezember, 8 Uhr, im großen Saal des Reichsausschusses des Reichstages, Zehlenerstr. 6 (oberer Teil), Tagesordnung u. a.: Die Bedeutung im Reichsausschuss des Reichstages und der Reichsbanner.

Heute, Sonnabend, 4. Dezember:
34. Abt. Letzter Abend um 7 1/2 Uhr in den Lärminställen, Köpenicker Str. 67. Referent des Genossen Dr. Bernfeld über die Gewinnung und Erziehung des proletarischen Jugendlichen.

Morgen, Sonntag, 5. Dezember:
21. Abt. Formations 9 1/2 Uhr wichtige Funktionärskonferenz bei Frau Kunert, Lindenstr. 3, II. Hof III Tr.

Sport.
Deutsch-französischer Boxkampfabend.

In der Funthalle am Kallertdamm traten französische Boxer gegen eine gute Berliner Mannschaft der Reichshauptstadt in den Boxring. Die große Halle war ausverkauft. Nach dem Spiel der Nationalhymnen nahm der Kampfabend der Boxmattre seinen Anfang. Im Fliegengewicht siegte Zigaretti über Chappuis knapp nach Punkten. Im Federgewicht mußte sich Werner (Westen) von Vidal einen Punktsieg gefallen lassen. Beau Tidel auch nur knapp siegte, so doch verdient. Der Weltgewichtler Wisch triumphierte vor Tichon gleichfalls nach Punkten. Einen wenig schönen Verlauf nahm der Kampf im Mittelgewicht. Buchbaum (Maccabi), der reichlich nervös dorte, fand in Bertheng einen zumindest gleichartigen Gegner. In der zweiten Runde mußte Buchbaum wegen Tiefschlafs disqualifiziert werden. Im Halbschwergewicht gab es einen schönen Kampf: Fraich (Maccabi) und Gardabois. Der Pariser zeigte vorzügliche Technik, mußte aber dennoch von Fraich, der gut in Form war, eine Punktniederlage einstecken. Den Schluß des Abends bildete das Schwergewichtentreffen zwischen Wegener (Westen) und Thierp. Wegener ließ während aller drei Runden kaum einen Augenblick die Führung aus der Hand und siegte glatt nach Punkten. Mit 8:4 Punkten war so der Sieg für Berlin entschieden.

Weiterbericht der öffentlichen Wettbewerbsstelle für Berlin und Umgebung. (Nachdruck verb.) Wettbewerb der öffentlichen Wettbewerbsstelle für Berlin und Umgebung. Wettbewerb der öffentlichen Wettbewerbsstelle für Berlin und Umgebung. Wettbewerb der öffentlichen Wettbewerbsstelle für Berlin und Umgebung.

Weißer Zähne durch die **Qualitäts-Zahnpaste** **Chlorodont** beseitigt Zahnbelag und üblen Mundgeruch **Kleine Tube Mark — 60**

Elektrizitätswirtschaft und Unternehmertum.

Zur Tagung des Zentralverbandes der Deutschen Elektrotechnischen Industrie.

Trotz künstlichem Öl und Gasfernversorgung ist die Elektrizität zugehende und verteilende Industrie eine der ausgedehntesten Industrien der Zukunft. Sie verwendet verhältnismäßig wenig menschliche Arbeitskraft und hat nach wie vor die größten Ausichten der Mechanisierung. Die nationalen Grenzen sind am wenigsten hemmend für sie, abgesehen von künstlichen Zollmauern, und sie hat noch, abgesehen von der industriellen Verwendung der elektrischen Kraft, das ungeheure weite, noch kaum eröffnete Feld der Kraftverwendung in den Familienhaushalten. Für eine Volkswirtschaft wie die deutsche, die aus schwerster Krise noch zur Befundung strebt, ruht auf der Politik ihrer privatkapitalistischen Unternehmer daher eine große Verantwortung. Das Bewußtsein dieser Verantwortung kam auf der gestrigen Tagung des Zentralverbandes der Deutschen Elektrotechnischen Industrie wieder in allgemein volkswirtschaftlicher noch in sozialpolitischer Hinsicht voll zum Ausdruck.

Wohl war es sehr zu begrüßen, daß Dr. C. F. von Siemens in seiner Eröffnungsansprache nachdrücklich darauf hinwies, wie gefährlich die Ueberföhung der gegenwärtigen Konjunkturbelegung

sei und daß die gesamte mit dem Schlagwort „England-Konjunktur“ zu bezeichnende Anregung des Wirtschaftslebens mit allen ihren Ausstrahlungen auf die übrigen Industrien als ein unerhörtes Glücksfall betrachtet werden müsse. Dieser Glücksfall berechtige zwar zu der Hoffnung, daß die Belegung mehr als eine vorübergehende Ankerbelegung sei und sich durch vermehrten Absatz in der Zukunft auch in der Verbilligung der Produktion auswirken werde, aber es sei davon zu warnen, daß man den Augenblick überschätze. Durchaus ungesund sei die gewaltige Spekulation in Aktienwerten, die ausschließlich als Folge der schlechten Geschäftslage anzuspüren sei. Nicht weil vermehrte Ersparnisse neue Anlage suchen, sondern weil die Wirtschaft die vorhandenen Kapitalien nicht zur Verwertung bringe, sei das günstige Bild entstanden, das heute die Aktienkurse bieten, die mit der inneren Rentabilität der Unternehmungen nicht übereinstimmen. Mit einer unerkennbaren Spitze gegen die deutsche Außenpolitik erklärte er dann, daß Deutschland besser daran täte, vorerst noch unter der Bürde der Dawes-Kassen zu leiden, als durch die Lockerung der Transfer-Vorschriften des Dawes-Planes die ungeheure wichtige Garantie zu gefährden, die die Verträge für die Stabilität unserer Währung bieten.

Form und Inhalt dagegen, mit der das geschäftsführende Vorstandsmittglied Reichsminister a. D. v. Raumer die

Möglichkeiten der Krisenüberwindung

vom Standpunkt der Elektrizitätswirtschaft aus behandelte, mußten lebhaft Bedenken erwecken. Nicht ohne Bedauern, so scheint es, sieht Herr v. Raumer in Deutschland die Möglichkeiten nicht gegeben, wie es jetzt noch dem Bergarbeiterstreik in England geschehen ist, die Löhne herabzusetzen und die Arbeitszeit zu vergrößern. Daß sich die deutschen Gewerkschaften für den Kampf um den Standard erklärt hätten, also gegen Lohnkürzung und gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, habe fast die gesamten Kosten der Krise auf die Unternehmer abgewälzt, die nun durch Verbilligung der Produktion, Steigerung der Kapazität und organisatorischen Zusammenschluß den Weg zur Krisenheilung suchen müßten. Es bleibe für die Industrie kein anderer Weg, als den Lohnanteil an den hergestellten Produkten zu senken, was notwendig zur weiteren Heraushebung von Arbeitern aus dem Produktionsprozess führen müsse. Wenn die Zahl der in den Betrieben noch Beschäftigten nach der heute herrschenden Politik der Gemerkschaften alle privatkapitalistischen Vorteile aus dieser Rationalisierung in Lohnherabsetzungen forschöpfen wolle, so müsse notwendig die Krisenarmee der Arbeitslosen noch vergrößert werden. Wohlweislich hat Herr v. Raumer nicht von den wohlthätigen Wirkungen der Verkürzung der Arbeitszeit, die in der Elektrizitätswirtschaft besonders klar zutage liegen, gesprochen. Er bemerkt sich mit seinen Ausführungen in demselben fehlerhaften Zirkel, der die Lohn- und Profitpolitik der deutschen Unternehmer überhaupt kennzeichnet, die nie begreifen werden, daß Kosten und Löhne nur die verschiedenen Seiten des Absatzes sind, den sie ja um jeden Preis erweitern müssen und dessen Steigerung die Gewerkschaften allein im Auge haben, wenn sie auf der einen Seite um höchstmögliche Löhne kämpfen und auf der anderen Seite die Industrie durch vernünftige Beschränkung der Arbeitszeit zur stärkstmöglichen Verringerung der Betriebs- und Generalkosten zwingen. Und es war auch ein Stück Charakteristikum in den Ausführungen des Herrn v. Raumer, wenn er mit scheinbarem Bedauern feststellte, daß es ja nicht eigentlich die großen und größten Betriebe seien, die die schwersten Umwälzungsarbeiten in der Wirtschaft zu tragen hätten, sondern der Kreis der aus eigener Kraft herausgekommenen mittleren und selbständigen Fabrikanten. Wir haben nie gehört, daß irgendwem in der Vor- oder Nachkriegszeit das schwere Elektrizitätskapital selbst irgendwelche Rücksicht auf diese mittlere Industrie genommen hätte.

Von höherem politischen Interesse waren die Zugeständnisse, die Herr v. Raumer an

die öffentliche Elektrizitätswirtschaft

machte und in denen er über die kürzliche demonstrative Abwehr der privatkapitalistischen Interessentengruppen gegen die Betätigung der öffentlichen Hand im Wirtschaftsleben hinaus zur Verständigung, zur Zusammenarbeit, zur Kooperation aufrief. Weder Prestigefragen noch der Herr-im-Hause-Standpunkt dürften bei der Frage entscheiden, wie die private Elektrizitätswirtschaft dazu Stellung zu nehmen habe. Nur eine Prestigefrage dürfte es geben: Wer ist der Billigste? Wer liefert den billigsten Strom? Da aber die billigste Stromlieferung der Volkswirtschaft weniger eine Frage der Konkurrenz als des Zusammenwirkens sei, könne die höchste und beste Leistung in der Stromversorgung nur durch die Kooperation gewährleistet werden. Diese sehe allerdings auch das engste Zusammenarbeiten des privaten Elektrizitätskapitals voraus, und diese Frage sei so dringlich, daß, wenn sie nicht bald in positivem Sinne gelöst würde, in der Dessenfallsicht sich über kurz oder lang die Forderung durchsetzen müsse, daß die ganze elektrotech-

nische Industrie auf das Reich übertragen wird. Bei seinen Ausführungen über die großen Ausichten der Schwachstromindustrie bedachte er die deutsche Reichspost mit einem großen Lob für ihren Weitblick, der diese technisch an die Spitze der ganzen Welt gestellt habe, ein Lob allerdings, das angesichts der riesigen in- und ausländischen Postaufträge von Seiten der elektrotechnischen Industrie wohl verständlich ist. Aber Herr v. Raumer unterließ auch nicht, in durchsichtiger Weise das Brieftorio in Deutschland als zu niedrig zu bezeichnen, weil er aus einer Vergrößerung des Fernrufbetriebes sich offenbar für seine Industrie noch größere Geschäfte verspricht.

Ueber die technischen Möglichkeiten zur Erzielung einer möglichst gleichmäßigen Ausnutzung der Krafterzeugungsanlagen

(Problem der Spitzen) sprach in außerordentlich instruktiver, durch Lichtbilder ergänzter Weise das Vorstandsmittglied der Siemens-Schuckert-Werke G. m. b. H. Dr. R. Werner. Die Art, wie er auf der einen Seite durch rationellere Tarifgestaltung den Kraftverbrauch und auf der anderen Seite durch Speichermethoden die rationellere Ausnutzung der Erzeugungsanlagen als stark erweiterungsfähig darlegte, bildete den natürlichen Übergang zu dem Vortrag von Dr. R. Kaufmann, einem Vorstandsmittglied der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke, über das

Abzahlungsgehalt für Apparate und Installationen

nach den Erfahrungen der Bewag. Nach einem Mannheimer Beispiel hat die Bewag bekanntlich seit dem 1. Oktober in Berlin als erstes großes Unternehmen das Abzahlungsgehalt im Massenmaß eingeführt, allerdings nur für Arbeit und Geld sparende elektrische Einrichtungen im Haushalt. Die Bewag betreibt dabei bekanntlich kein eigenes Handelsgeschäft, sondern benutzt die Vermittlung des elektrischen Apparatehandels und des Installationsgewerbes, wobei sie allerdings gegenüber diesen Gewerben die Finanzierung der Verkäufe vorläufig übernimmt und die Raten bei den Stromkunden einzahlt. Wertvoll waren die Mitteilungen über die Organisation und die Erfolge der neuen Einrichtung. Bei Mindestraten von monatlich 3 Mark und bei Kredithöchstgrenzen für Apparate bis 500 Mark und für Installationen bis 250 Mark (das Eigentum wird vorbehalten) wird ein System von 30 Proz. Anzahlung bei fünf Monatsraten und ein anderes bei 10 Proz. Anzahlung und zehn Monatsraten durchgeführt. Für Zinsen und Verwaltungskosten werden bei fünf Raten 5 Proz. und bei zehn Raten 10 Proz. beim Käufer aufgeschlagen. Seit dem 1. Oktober sind bisher 15 000 Anträge eingelaufen, wobei sich die interessante Beobachtung machen ließ, daß insbesondere jene Kreise des Mittelstandes, die teure Wohnungen zum Abmieten beabsichtigen, von der Einschaltung elektrischer Kraft in den Haushalt und dem Abschlußsystem starken Gebrauch machten. Interessant war auch die Mitteilung, daß die Bewag zusammen mit den übrigen Kreditinstituten in Berlin eine zentrale zur Kontrolle der Kreditgewährung zu schaffen bemüht ist, so daß Berlin, soweit es den Kreditkredit in Anspruch nimmt, sich bald in einer Stammrolle für Abzahlungskäufer mit entsprechenden schwarzen Listen vereinigt sehen wird.

Es war höchst auffällig, daß gerade bei den Ausführungen des Vertreters der Bewag, die dem für die ganze elektrotechnische Industrie entscheidenden Abzahlungsproblem wegen ihres Hinübergerens auf die Verkaufströge der breitesten Massen doch erst die letzte Abwendung gaben, das Interesse der Unternehmer schwand und der Saal des Reichswirtschaftsrates sich empfindlich leerte. Auch das ist ein Zeichen dafür, daß die Unternehmer der deutschen Elektrizitätsindustrie sich weder der Verantwortung noch der Tragweite bewußt sind, die für die Gesundung der deutschen Volkswirtschaft der steigenden rationellen Verwertung der elektrischen Kraft in allen Schichten der Produktion und des Verbrauchs beizumessen ist. Das ist schon bedauerlich für die elektrotechnische Industrie selbst. Aber es berechtigt auch zu Zweifel darüber, ob die elektrotechnische Industrie bei dem von Herrn v. Raumer verkündeten Programm der Kooperation andere Ziele im Auge hat, als den kleinlichen Vorteil des Tages. Das muß trotz des gewiß nicht gemöhnlichen Niveaus der Verhandlungen festgestellt werden.

Die Reichsbank auf dem Geldmarkt.

Der neue Vizepräsident.

In der gestrigen Zentralauschussung der Reichsbank machte der Reichsbankpräsident Dr. Schacht Mitteilungen über den neu-eingerichteten telegraphischen Giroverkehr und über eine neue Aktion der Reichsbank, um von dem immer noch überflüssigen Geldmarkt weitere Mittel dem langfristigen Kapitalmarkt zuzuführen. Die entscheidenden Ausführungen über die neue Aktion lauten:

Endlich hat sich die Reichsbank zu einer weiteren Aktion entschlossen, damit die am kurzfristigen Geldmarkt in verhältnismäßig großem Ausmaß vorhandenen Beträge organischer verwendet werden. Unter dem heutigen Tage erläßt die Golddiskontbank ein Ausschreiben, in welchem sie auf sich selbst lautende Solawechsel mit dreimonatiger Laufzeit, und zwar zunächst im Gesamtbetrag von 100 Millionen Reichsmark, fällig am 14. März 1927, zum Kauf anbietet, indem sie zu Geboten auf diese Solawechsel auffordert. Von den abgegebenen Geboten werden diejenigen mit den niedrigsten Diskontsätzen angenommen. Die Golddiskontbank behält sich vor, die Gebote ganz oder teilweise unberücksichtigt zu lassen.

Mit diesem Vorgehen bringt die Reichsbank einen Teil ihrer neuen Absichten, den Geldmarkt stärker zu beeinflussen und die Verwendung seiner Ueberfülle mehr nach ihren Wünschen zu lenken, zur Durchführung. Zu diesem Programm gehört bekanntlich auch die Konzentration und Kontrolle der öffentlichen Gelder bei der Reichsbank und durch sie sowie im weiteren Sinne auch die Kon-

versionsabsichten hochverzinslicher landwirtschaftlicher Pfandbriefe, für die sich der Reichsbankpräsident vor dem Enqueteauschuss geäußert hat. Der volkswirtschaftliche Sinn der Aktion ist einfach: Die Golddiskontbank nimmt von Banken und Industrien, die flüssige Gelder anzulegen haben, die Gelder auf und gewährt nach den niedrigsten Forderungen für die Ueberlassung der Gelder einen Zins. Die Geldgeber erhalten von der Golddiskontbank Wechsel, die sie im Bedarfsfalle bei der Reichsbank befehlen lassen können. Die Golddiskontbank verwendet die hereinkommenden Gelder zur Gewährung von Hypothekendarlehen an die Landwirtschaft. Damit ist die Ueberleitung flüssiger Mittel vom Geldmarkt auf den Kapitalmarkt möglich. Zugleich haben die Geldgeber in den Wechseln ein Instrument in der Hand, das nach drei Monaten, also relativ bald, von der Golddiskontbank eingelöst wird und außerdem jederzeit befehlbar ist. Während bisher die Golddiskontbank auf dem Kapitalmarkt die Käufer für ihre Hypothekendarlehen suchte, sucht sie sie nun auf dem Geldmarkt und wird selbst zum Mittler zwischen Geld- und Kapitalmarkt. Daß die Golddiskontbank nicht zuviel Wechsel ausgibt und dadurch die Liquidität der Geldanlage gefährden könnte, dafür sorgt die Begrenzung der Wechselsumme, das Verhältnis zur Reichsbank und die öffentliche Kontrolle durch die monatlich bekanntzugebenden Ausweise.

Die Reichsbank unterstreicht und verstärkt damit ihre alte Aktion, durch Hypothekengewährung Gelder langfristig zu binden und die Börse zu entlasten. Wie weit das Vorgehen nützlich ist, muß die Erfahrung lehren. Einen Erfolg für eine aktive Reichsbankpolitik, die die Zinsbildung und die Kreditpolitik der Privatbanken beeinflusst und lenkt, bietet sie nicht. Zu einer Diskontermäßigung, die ebenfalls die Konkurrenz um die Geldanlage verschärft hätte, hat sich die Reichsbank noch nicht entschlossen.

In der Zentralauschussung wurde auch die Ernennung des neuen Vizepräsidenten der Reichsbank bekanntgegeben. Es ist der Reichsbankdirektor Drense, der seit 1921 Mitglied des Reichsbankdirektoriums ist.

Das Kapital für den Wohnungsbau.

Vor dem Kriege wurden jährlich etwa 1 1/2 Milliarden Mark für den Wohnungsbau verwendet. Die jüngst erschienene Untersuchung des „Instituts für Konjunkturforschung“ stellt die Kapitalien, die seit der Stabilisierung dem Wohnungsbau zugeführt wurden, zusammen, woraus sich ergibt, daß in den drei Jahren der Stabilisierung (bis Ende September 1926) zu diesem Zweck 2769 Millionen Mark verwendet wurden, ohne Hinzurechnung der nicht auf dem Kreditweg beschafften Eigenkapitalien der Bauherren, die aber nicht schwer in die Waagschale fallen dürften. Trotz der ungeheuren Vermehrung des Wohnungsbedarfs und trotz der erhöhten Baukosten wurden demnach seit der Stabilisierung dem Wohnungsbau viel geringere Kapitalien, als das Jahr gerechnet zugeführt, als vor dem Kriege. Gänzlich verändert hat sich die Art der Aufbringung der Kapitalien für den Wohnungsbau. Vor dem Kriege waren es die Hypothekendarlehen, private Versicherungsgesellschaften und die Sparkassen, welche Wohnbauf Kredite, durchschnittlich in der Höhe von 1,2 Milliarden im Jahr, gaben, dazu kamen etwa 300 Millionen Mark von privaten Kapitalisten. Die seit der Stabilisierung für Wohnungsbau verwendeten Summen stammen beinahe zu zwei Dritteln, mit 1838 Millionen, aus Steuermitteln, d. h. aus dem Ertrag der Hauszinssteuer. Der verbleibende Rest wurde ebenfalls zum größten Teil aus öffentlichen Mitteln bestritten, darunter waren verschiedene Darlehen und Zuschüsse des Reichs im Betrage von 155 Millionen, der Länder im Betrage von 231 Millionen, der Reichspost und Reichsbahn mit 132 Millionen. Der Anteil der Hypothekendarlehen an Wohnbaufkrediten ist auf 125 Millionen zusammengeschrumpft, der der Versicherungsgesellschaften auf 90 Millionen, wobei auch die Sozialversicherungsanstalten beteiligt waren. Verhältnismäßig stark, mit 255 Millionen Mark, haben sich die Sparkassen seit der Stabilisierung an den Wohnbaufkrediten beteiligt. Allerdings hatten diese vor dem Kriege dem Wohnungsbau jährlich mehr als eine halbe Milliarde zugeführt.

Zur Lage der Metallwarenindustrie. Wie der Reichsbund der Deutschen Metallwarenindustrie mitteilt, war die Beschäftigung im November im allgemeinen besser als im Vormonat. Nach Auslieferung der Weihnachtsaufträge ist ein wesentlicher Rückgang zu erwarten. Neuerdings wird die Rentabilität der Eisenblech verarbeitenden Betriebe durch Erhöhung der Materialpreise vermehrt gefährdet.

Die Kuna-Kohlenverfüggungsanlagen im Bau. Wie die „Köln. Zig.“ mitteilt, wird die neue Kohlenfabrik bei Leuna 20 große Gebäude und drei gewaltige Feuerungsanlagen umfassen. Die Verfüggung erfolgt in 10 Gebäuden. Die Erzeugnisse werden in 15 Speichern aufgenommen. Bei vollem Betrieb sollen jährlich etwa 120 Millionen Tonnen Benzin hergestellt werden. Als Bauzeit werden 12 Monate gerechnet. Es sind 5000 bis 6000 Bauarbeiter beschäftigt.

Die Produktion der Walzwerke im Oktober. Der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller gibt die Erzeugung der deutschen Walzwerke für den Monat Oktober mit 980 356 Tonnen an. Das bedeutet gegenüber dem Monat September eine Steigerung um rund 30 000 Tonnen. Im Vergleich zum Monat Oktober 1925 liegt die Produktion im Oktober 1926 um 200 000 Tonnen höher.

Das internationale Schienenkartell abschlußreif. Nach einer Pariser Meldung werden die Vertreter der deutschen, französischen, englischen, belgischen und luxemburgischen Metallindustrie am 10. Dezember in Paris zusammenkommen, um über die endgültige Bildung des Schienenkartells zu beraten. Nach dem Abschluß des Kontinentalen Stahlkartells war die definitive Gründung des internationalen Schienenkartells („Erma“) nur eine Frage der Zeit. Die Teilnahme der endgültigen Schienenproduzenten stand von vornherein fest.

Gute Beschäftigung für die Produktion von Preßluftwerkzeugen. In der Generalversammlung der Preßluftwerkzeug- und Maschinenbau-A.-G., Berlin, über deren Jahresabschluss wir früher berichteten, wurde mitgeteilt, daß das neue Geschäftsjahr eine erhebliche Steigerung der Umläge gebracht habe. Es wird mit einer Dividende von 8 Proz. für 1926 gerechnet.

Das Beste ist nicht auf dem Zufall

Das kann einmal ein kleiner Brig Gold in die Hand spielen. Das kann wollen die Wirtspolizei zu einem Opiumglaubigen, das kann glückselig haben können. Die braunen wie im wässrigen Zigarettenpapier sind die schönsten Zigaretten zu sein können.



ENVER BEY GOLD die modernen 5er Zigaretten

Der tödliche Schuß.

Von D. Lufshnat.
(Schluß.)

Das Seltsame und Gefährliche seiner Lage stimmte den jungen Mann feierlich. Zum erstenmal auf Vorposten, ein ernster, unerschütterlicher Augenblick! Seine Haltung straffte sich. Hier wurde etwas verlangt, das nicht jedermanns Sache war.

Wer es verlangte und zu welchem Zweck, das waren unnütze Fragen. Denn er mußte ja, ob er wollte oder nicht. Er war eingesperrt in das Räderwerk des Krieges und konnte nicht ausweichen. Reflexionen über Endzweck und eventuelle Moralstendenzen des gesamten Unternehmens befreiten ihn von der Angst um sein Leben. Er würde schießen und töten, wenn die Russen kamen; gewiß, das würde er, ob seine Erwägungen noch so fein und abgründig lächelnd wären.

Er, ein freier, gesunder Mensch, der Antwort auf zwiespältige Fragen, der in Liebe zu allem Fernsten und Ewigsten brannte, er wurde gezwungen, er — mußte! Ohnmacht und Qual rangen mit der feierlichen Kirchensimmung der Verantwortung um die Oberhand.

Währenddessen troden die Minuten gespenstisch hin. Die Beine erkalteten und lingen an zu schmerzen. Sie verloren alle Empfindung und wurden steif, als wären sie eingeschlafen. Auch Schultern und Arme wurden vom Frost erfroren.

Der Ostpreuße zog ein flaches Fläschchen mit einer wasserhellen Flüssigkeit aus der Manteltasche, tat einen Schluck und reichte es seinem Nebenmann. Der noch daran, kämpfte den Ekel nieder und goß gleichfalls eine gehörige Portion in sich hinein. Feuer und Lebensfreude durchdrachten seine Glieder. Mut überkam ihn. Mit herzlichem Dank reichte er das Fläschchen zurück.

„Ja,“ meinte der andere, „was de Wünsch bruukt, dat möt he hebbe.“

„Das stimmt.“

„Wi motte jo alle starwe.“

„Ja, sterben müssen wir wohl alle einmal, das läßt sich nicht leugnen.“

Rond und Schnee gaben so helles Licht, daß man eigentlich keine Leuchtkegel brauchte, aber dennoch wurde ab und zu eine hochgepufft, um das Frostschmelzen durch einen wärmenden Anblick zu unterbrechen. Man tat es eben. Irgendetwas mußte man doch tun.

Der junge Mann hatte beschlossen, die Denktätigkeit vorläufig einzustellen und dem Gefang des Alkohols in seinem Blute zu lauschen. Trotz allem war es unübersehbar, daß die Dinge zu betrachten, seien es Rindwölven oder eigener Atemrauch oder der Tropfen an der knolligen Nase des Nebenmannes. Trotz Krieg und Kriegesgeschrei, Hunger, Frost und Käusebissen gab es zweifellos Rettigkeits in der Welt. Nicht nur das, die ganze Welt war überhaupt wunderbar, mit Einschluß von allem Elend.

Dieses Gefühl, das Leben als persönliches Eigentum zu besitzen, ergriß ihn mit solcher Gewalt, daß Tränen seine Augen bedrängten. Er stand ganz still und genoß die Nacht dieser neuen Freude. Sein Herz war wie in Einklang mit dem Weltgeschehen.

Da trat ein Ereignis ein, das ihn jäh herabstieß vom Turm seines Wohlbehagens. Der Kern seines Wesens erfuhr schreckliche Umgestaltung. Wenn späterhin das Geschehnis ihm wieder ins Gedächtnis kam, so geriet er in fieberige Erregung, als wäre er noch dabei und als könne sich alles irgendwie anders wenden, als es sich damals wandte. In Wirklichkeit war die ganze Sache einfach und natürlich; in seiner alkoholischen Herrschaftsstimmung jedoch traf sie ihn wie ein Stoß.

Ein Gewehrschuß fiel. Darauf sprach der Ostpreuße:

„Duc di, dà Schietpanjes hebbe ons jesehne.“

Rechnisch knickte er in den Hüften ein. Dann ratterte ein Maschinengewehr und hörte wieder auf.

Boll Erfahrung bemerkte er: „Ich meine, die können nicht richtig zielen bei dem Mondschein.“

Der Ostpreuße schwieg.

Als eine Zeilang alles ruhig blieb, begann der getrümmte Körper den jungen Mann zu quälen und er meinte:

„Wir können uns wieder aufrichten, was?“

Da er auch jetzt keine Antwort erhielt, wandte er den Kopf, den er wegen der Enge des Grabens nach der andern Seite gehalten hatte, zu seinem Gefährten und sah, daß der ganze Kerl auf merkwürdige Weise in sich zusammengerückt war, als hätte der Fufel ihn überwältigt. Als er die Schulter packte, um ihn zu schütteln, klapperte der Kopf nach rückwärts, so daß der Mond in die offenen Augen schien. „Nein, er kann doch nicht tot sein,“ dachte er halblaut, stierte auf die monderfüllten Augen und fuhr mit dem Zeigefinger in dem Blut herum, das im Gesicht war.

In trübseliger Verstärkung wiederholte er fortwährend: „Er kann doch nicht tot sein, er hat doch eben gesprochen!“ Bis er schließlich durch dauerndes Anstarren und Betasten der Schußwunde unter dem Auge die Ueberzeugung gewann, daß es sei. Er war wie gelähmt. Nichts regte sich an Gedanken, Gefühlen und Schnuchtschlängen, die seine Seele erst vor Kurzem symphonisch durchorgelten. Seine Alleinheit mit dem Tode ließ das Bewußtsein, daß er selber lebe, gar nicht aufkommen.

Alles weitere kam und ging wie im Traum. Die Ablösung tauchte auf, leise rufend. Sie brachten den Toten zum Wälzchen, wo man ihn in eine Zeltbahn knotete und einen starken Ast zum Tragen durchstieß. Zwei Mann hoben die Last auf die Schultern und schritten voran. Die anderen folgten in Abständen von je zehn Metern, damit bei Artilleriebeschießung nicht die ganze Schar auf einmal getötet würde. Gewehrschüsse knallten. Irgendwo stotterte wieder ein Maschinengewehr endlos an einem Buchstaben. Wenn es still war, konnte man den Schnee unter den Tritten knirschen hören. Der Tote schaukelte in seiner Zeltbahn.

Allmählich wich die Starre insoweit der Körperbewegung. Wunderlicherweise entglitt das Erlebnis ins Fernere und Allgemeine. Obwohl er sich noch nicht hatte entschließen können, seine gewohnten Denkföhren wieder aufzunehmen, begann er schon freier zu atmen. Es schien fast, als wäre er selbst gar nicht daran beteiligt.

Aber sein Schädel war wie ausgehöhlt, als hätte er niemals kostbaren Träumereien als Behausung gedient. Das Wort „tot“ blickte ihn immerwährend an wie ein fernes Auge. Sonst weder Qual noch Frage.

Er hatte die unklare Empfindung, wie wenn es auf der Welt noch Dinge gäbe, deren Existenz er bis heute nicht einmal geahnt hatte. Tot? Was heißt das, tot? Ein Mensch, der lebt und spricht, kann doch nicht plötzlich tot sein! Dieses sonderbare Lossein zuckte wie eine Wunde, brannte und zuckte.

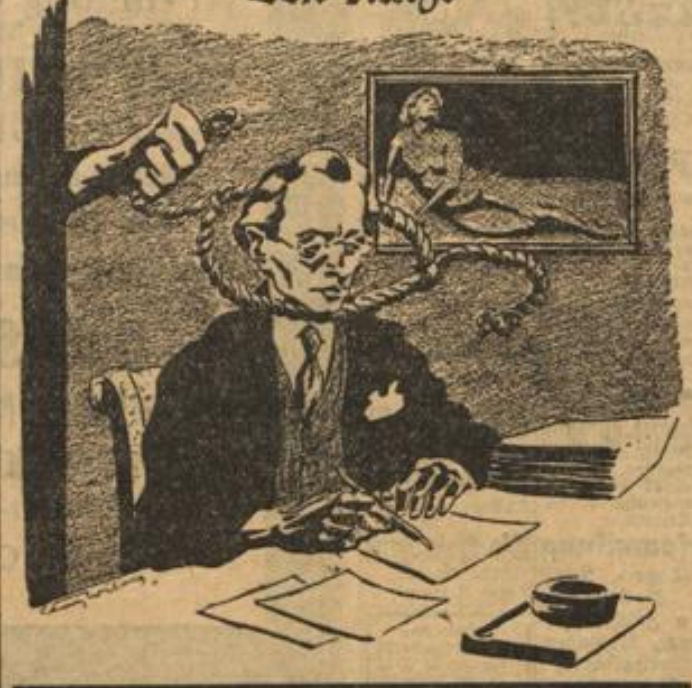
Sein Weltgebäude, in wenigen Jugendjahren kunstreich erbaut, schien ihm weniger auf Erlebnisse gegründet als auf Denkbarkeiten.

Das Empfinden einer grauenhaften Leere stellte sich ein, zunächst im Kopf und schließlich auch im Magen.

Und ein starker Hunger, hervorgerufen von frischer Schneelust und Gemütsbewegung, verdrängte jede Betrachtbarkeit. In den Unterstand zurückgekehrt, machte er sich neben einigen Kommisbrotstücken auch die Gemütsbewegung zu eigen, daß das Leben etwas anderes sei als ein Jünglingsgefühl, daß noch manches, vieles zu lernen sei, und daß Bescheidenheit dem jetzigen Zustand seiner Seele entspreche. Was auch immer ihm begegnen möchte, er wollte jeder Kritik und Uebertrümmung entsagen, denn er ahnte ihre Unzulänglichkeit erlebt. Krieg war da und zerstörte Menschen. Dieses war gewiß. Gleichgültig, wie man ihn nannte, vernünftig oder unvernünftig. Er war und wirkte Tod!

Wirkte Tod? Was heißt das eigentlich? Was bedeutet das,

Lex Kütz.



Spanische Frauen.

(Sonderbericht für den „Vorwärts“.)

Von Richard Huelsenbeck.

Kein äußerlich ist die spanische Gesetzgebung eine männerrechtliche, in der Ehe wird die Frau wie hinter einem goldenen Gitter gehalten, sie ist wie ein kostbarer Vogel in einem Käfig. Sie darf sich nicht allein in öffentlichen Lokalen zeigen, ohne ihren Mann ins Theater zu gehen, oder ohne ihren Mann zu reisen, würde für sie eine grobe gesellschaftliche und moralische Taktlosigkeit bedeuten.

Von einer Emanzipation der Frau ist in Spanien so gut wie nichts zu merken, eine Frau, die eine politische Versammlung besuchen wollte, würde sich der gesellschaftlichen Achtung aussetzen. Politik ist in Spanien ausschließlich für Männer bestimmt. Der Einfluß der katholischen Religion, der ja in Spanien größer als anderswo ist, verstärkt die Frauen in ihrer Abgeschlossenheit. Müller taceat in ecclesia, das Weib hat in der Kirche zu schweigen, sagte das Mittelalter. Das gilt hier heute noch und wenn man den Begriff der Kirche auf das gesamte öffentliche Leben erweitert, so hat man das richtige Bild von dem Einfluß oder vielmehr von dem schließenden Einfluß der Frau.

Die Frau ist hier, wie das so schön heißt, das Aushängeschild des Mannes, er behängt sie mit Schmutz und seidenen Kleidern, soweit sein Portemonnaie es gestattet.

Die Frau läßt sich diese Stellung gern gefallen, denn sie weiß, daß ihre Macht trotz der äußeren Rechtslosigkeit ungeheuer groß ist. Alles dies gilt natürlich nur von den Frauen der wohlhabenden Kreise, die Proletarierin, die mit dem Mann in einer Reihe arbeitet, hat auch keine Rechte. In den Vorstadtneipen sieht man häufig Ehepaare hinter der Weinstocke stehen, auf den Balustraden der kleinen Vorstadttheater, wo man die echten spanischen Tänze sehen kann, sind immer viele Arbeiterinnen.

Eine glänzende Gelegenheit, die Grazie und Schönheit der spanischen Frauen zu beobachten, geben die Corridos, die Stierkämpfe. In den kleineren Städten und Dörfern erscheinen die Frauen bei den Stierkämpfen noch in der Mantilla, dem berühmten Umhängeluch aus Spitzen, das in Madrid nur an den hohen Feiertagen der Semana santa, der heiligen Woche, angelegt wird.

Es ist bekannt, daß die Matadore die größten Frauenliebhaber Spaniens sind, jeder von uns kennt ja die Geschichte von Carmen und dem „tapferen Torero“.

Nun sind die Frauen in Spanien trotz ihres besonderen Liebreizes, was den Charakter angeht, in gewissen Zügen von ihren Schwestern in der ganzen Welt nicht sehr verschieden. Geld ist Geld. Und die Toreros und vor allem die berühmten Matadore sind die bestbezahlten Männer des Königreiches.

Daß die Frauen hier auch andere und bewundernswerte Eigenschaften haben, beweist ein Vorgang, der sich vor kurzem in der Stierarena einer großen spanischen Stadt zugetragen hat. Bei einem Stierkampf passierte ein merkwürdiges Unglück. Der Kampf hatte einen durchaus normalen Verlauf genommen, die Toreros hatten den Stier mit ihren roten Tüchern gereizt, die Picadores hatten ihre mit Feuerwerk besetzten eisernen Widerhaken in den Rücken des Stieres versenkt, die Banderilleros waren nicht laß gewesen und nun wollte der Matador, ein bekannter Liebling der Menge, dem „Toro“ mit seinem Degen den Rest geben.

Die ganze Kunst des Matadors besteht darin, den erschöpften Stier mit einem Stich in den Sand zu legen und dabei kommt es natürlich sehr darauf an, wo der Degen angelegt wird. Der Stier bewegt sich vor dem Matador hin und her, er wechselt, soweit er dazu noch fähig ist, zwischen vorsichtiger Defensiv- und plötzlichem Kühnen Angriff, der Matador muß, während er den wütenden Attacken der Bestie, die den Sand mit ihrem Gebrüll aufwühlt, ständig ausweichen, die tobdringende Degenspitze placieren.

Der Stierkampf hat genaue Spielregeln, wenn ein Matador einen ungeschickten Stich macht, oder wenn er sich nicht genau so benimmt, wie die hochgepannten Erwartungen des Publikums das

von ihm verlangen, wird er ausgepiffen und dann ist seine Laufbahn zu Ende. Ebenso schnell, wie man sich hier in der Arena die Gunst des Publikums erwerben kann, ebenso schnell kann man sie verlieren. Der Matador befindet sich also in einer begrenzten Nervosität. In dem Falle, von dem hier erzählt wird, war der haarscharfe Degen dem Stier zwar in den Rücken gedrungen, war aber dort wahrscheinlich auf einem Schuttblatt hängen geblieben.

Der Stier machte einige Sprünge, schleuderte mit gewaltiger Kraft den Degen heraus und schleuderte ihn — jetzt beginnt der merkwürdige Zufall, in die vorderen Sitzreihen der Zuschauer.

Hier saß ein biederer Kaufmann mit seiner Frau. Der Kaufmann wurde von dem Degen getroffen, das furchtbare Instrument fuhr ihm durch die Brust und tötete ihn auf der Stelle.

Als die Frau des Verunglückten sah, was geschehen war, riß sie den Degen aus der Brust des Toten und steckte ihn sich ins Herz. Dabei sagte sie, daß ihr das Leben ohne ihren Geliebten nichts bedeute.

Die Zeitungen haben lange Beschreibungen dieses Unglücks gebracht und haben nicht vergessen, die edle Charakterseite der Frau hervorzuheben, die ohne den Mann, der durch einen plötzlichen Schicksalsschlag an ihrer Seite starb, nicht weiterleben wollte. Sie wird mit antiken Vorbildern verglichen und als eine wahre Epionierin gefeiert.

Lehrlinge.

Von Emil Rath.

Dunstige, verbrauchte Luft in dem überheizten, überfüllten Abteil dritter Klasse. Durch beschlagene Scheiben ritt ein trüber Tag mit violettem Grauen. Bängst kenne ich sie, die zerkürrten, verwiterten, grau gewordenen Gesichter, die gekrümmten Rücken, die zerklüfteten Wackstuchtaschen, aus denen die Häse der blauen Kaffeekannen aus Emaille herausschauen. Nur die beiden Lehrlinge in der Ecke am Fenster sehe ich hier zum erstenmal.

Diegt auch auf ihnen schon grauer Abglanz schwerer Tagesarbeit? Oder täuscht mich der durch das Fenster einfallende violette Schein, der über ihre mageren, spinnwebigen Geßichter huscht? Trotz der nassen Kälte stecken beide in einem mürben, fadenscheinigen Jodeln, durch das sicherlich unbarmherzig der frische Morgenwind fuhr. Die Ellbogen lugen bei dem einen vorwiegend durch handliche Löcher, die Hofen an den Armen kreuz und quer gestickt.

Pföhllich, wie auf Verabredung, greifen beide in das Wackstuchfläschchen, das auch ihr Begleiter ist, und wickeln hastig aus Zeitungspapier drei doppelte Brote. Belagt sind sie nicht — das kann ich von meinem Platz aus gut sehen; ein feiner Duft von eigengebratenem Schmalz windet sich durch die Dunstföhne, und gierig mahlen Zähne und Kiefer das Brot himunter. Keine herabtaumelnde Krume entgeht dem wachsamem Blick. Unbarmherzig mahlen die Kiefer. Kein Wort wird zwischen beiden gewechselt. Endlich ein bebauernder Blick auf die gähnende Höhlung des leeren Zeitungspapiers, ein entschloßenes Anstern, — und zusammengeballt verschwindet es in der obligatorischen Wackstuchtasche.

Haben sie daheim nicht satt zu essen? Ist das Morgenfrühstück so karg, daß unbehäbbarer Hunger den Stog davonträgt über die Vorbereitung, den ganzen Tag mit knurrendem Magen zwischen anderen zu stehen, zuzusehen, wie dieser oder jener mit Wohllochagen belegte Brote, ein Stück kaltes Fleisch verzehrt oder es mit einem Trunt Kaffee oder Bier würzt? Ausdruck unbekümmerter Jugend, die sich den Teufel schiert um das, was nachher wird? . . . „Apres nous le déluge?“

Doch ihr Gespräch belehrt mich eines anderen. Sie sind auf den Deutschen Werten beschäftigt. Da weht ein gar scharfer Wind. Die neue Zeitung, versteht ihr . . . da muß geschafft werden. Mehr als worden, denn man hat ja erst wieder soundsovielde Arbeiter entlassen. Wegen Einschränkung der Produktion, versteht ihr. Und eben weil man die Produktion eingeschränkt hat, müssen die, die der Abbau noch nicht traf, werken, daß ihnen Hände und Rücken schmerzen, daß die Augen klümmern und brennen, daß der Schädel summt und brummt wie die Maschinen, die er meistern soll. Und daher der graue Abglanz auf den beiden Jungen, die zwischen den anderen stehen, im Dunkel, daß sie hager und mager, saft- und kraftlos aussiehten, von nur ein Stückchen vom blauen Himmel des Lebens zu erpühen wie die Kiefern in der Schöpfung. Sie müssen leisten, was sonst nur Erwachsene leisten. Das nennt man rationelle Wirtschaft. Rationell für den Unternehmer, der billige Arbeitskräfte bis auf das äußerste anspannt, um seinen Profit zu vergrößern. Irrational all-erdings für den Arbeiter, der aus dem Brunnen seiner Kräfte mehr Wasser schöpft, als zulassen kann.

Und weil nun die Produktion eingeschränkt und soundsovielde Arbeiter entlassen worden sind in den Deutschen Werken — deutsch sein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen tun! —, darum müssen soundsovielde Arbeiter in jeder Woche soundsovielde Ueberstunden machen, und die Lehrlinge sollen Schritt halten mit den Großen. Da bleibt nicht viel Zeit für leibliche Bedürfnisse. Die geistigen kommen allerdings auch recht kurz dabei. Denn wer abends um sechs wie zerschlagen daheim ankommt, dem ist alle Lust genommen, den Kopf noch mit anderen Dingen zu bemühen, wenn er müde ist, schwer, als sei er mit stoffigem Blei gefüllt.

Hie Arbeitslosigkeit, „Einschränkung der Produktion“, — hie Ueberstunden und Lehrlingszuchterei. Und nicht nur in den Deutschen Werken. Bauunternehmen bauen billig und kommen doch auf ihre Kosten. Allerdings: gelernte Maurer streben nur an den Ecken des Neubaus, dazwischen Arbeitsburgen. Und das Ueberhandnehmen nimmt auch überhand.

Einhalb Millionen liegen auf der Straße. Hunderttausende üben zwei oder mehr Beschäftigungen aus. Pensions- und Wartegeldempfänger in der Blüte ihrer Jahre fressen das Brot von ebensovielen anderen. Viele müssen noch in die Lehre gehen, ehe sie begehen, daß sie ihr eigener Feind geworden sind durch Gleichgültigkeit gegenüber den Problemen der Wirtschaft, der Politik. Zwielf Lehrlinge, zwief Ueberstunden.

Gott schuf die Welt in sieben Tagen. Die deutschen Unternehmer würden dieselbe Sache in drei Tagen machen. Natürlich viel billiger. Mit Ueberstunden selbstverständlich. Wegen Einschränkung der Produktion.

Der Fleischverbrauch der Nationen. Das Internationale Statistische Amt gibt eine Aufstellung über den Fleischverbrauch in den verschiedenen Ländern heraus. Danach entfallen auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland im Jahre 1924 40,7 Kilogramm Fleisch (gegen 32,7 im Jahre 1907); bei England werden für 1922 33,8 Kilogramm angegeben, bei Frankreich 1904 36,3 Kilogramm. An erster Stelle der Tabelle steht im übrigen Argentinien mit 172,2 Kilogramm, an letzter Italien mit 11 Kilogramm.

